



Hessisches Landeskriminalamt
Zentralstelle für Kriminal- und Verkehrsprävention

Jahresbericht
POLIZEILICHE KRIMINAL- UND
VERKEHRSPRÄVENTION
in Hessen
2014

1. Allgemeine Entwicklung	2
2. Präventionsbereiche	5
2.1. Jugendkriminalität	5
2.2. Häusliche Gewalt / Stalking.....	12
2.3. Verkehrsprävention	16
2.4. Kriminalpolizeiliche Beratung	20
2.5. Opferschutz.....	23
2.6. Städtebauliche Kriminalprävention.....	25
2.7. Prävention Cybercrime.....	28
2.8. Migration	31
2.9. Netzwerk gegen Gewalt.....	32
2.10. Freiwilliger Polizeidienst.....	34
3. Bewertung, Prognose und Ausblick für 2015	36
4. Anlagen	38
4.1. Kennzahlen	38
4.2. Tabellen Jugendkriminalität.....	40
4.3. Tabellen Häusliche Gewalt und Stalking.....	54

1. Allgemeine Entwicklung

Das Sicherheitsempfinden der hessischen Bürgerinnen und Bürger wird neben der jährlich veröffentlichten polizeilichen Kriminalstatistik maßgeblich auch durch die aktive, interdisziplinäre Präventionsarbeit der Sicherheitsbehörden beeinflusst.

Präventionsarbeit kann nur dann Wirkung entfalten, wenn sie gesamtgesellschaftlich umgesetzt wird. Dabei spielt die Polizei eine zentrale und initiiierende Rolle. Die Kenntnis über polizeiliche Kriminalitäts- und Verkehrsunfalllagebilder machen eine frühzeitige Lokalisierung von Problembereichen möglich, denen mit zeitnahen Präventionsstrategien begegnet werden kann.

Demnach orientierten sich die Präventionsaktivitäten der hessischen Polizei an den Deliktsauffälligkeiten des vorangegangenen Jahres und bezogen sich auf die Schwerpunkte: Prävention des Wohnungseinbruchdiebstahls (WED), der Cyberkriminalität sowie der Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SÄM).

Mit dem Ziel, die Zusammenarbeit in der Prävention auszuweiten, wurde durch das Hessische Landeskriminalamt eine Kooperationsvereinbarung mit der Verbraucherzentrale Hessen e. V. geschlossen. Inhalte der Vereinbarung sind u. a. der Informationsaustausch über neue Tatbegehungsweisen, die Planung und Durchführung gemeinsamer Präventionsaktivitäten.

Die WED-Präventionskampagne „Dunkle Jahreszeit“ zu Beginn 2014, die Sommerkampagne im Zeitraum vom 15. Juli bis 15. September 2014 sowie deren Fortführung bewirkten einen erhöhten Bedarf an qualifizierten Objekt- und Verhaltensberatungen. Im Sinne der Kampagnen wurden insgesamt annähernd 100 öffentlichkeitswirksame Informationsveranstaltungen durch die Präventionsdienststellen durchgeführt. Diese motivierten zusätzlich eine Vielzahl von Bürgerinnen und Bürger, sich zuhause qualifiziert zum Einbruchschutz beraten zu lassen. Mit 12 787 qualifizierten Objekt- und Verhaltensberatungen (s. Anlage „Kennzahlen“) kann ein starker Anstieg (+23%) im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet werden. Die große Nachfrage führte dazu, dass diese Beratungen nur mit Vorlaufzeiten von bis zu zwei Monaten zu bewerkstelligen waren. Diese Präventionsarbeit im Bereich Wohnungseinbruch, die im vergangenen Jahr noch einmal intensiviert und

gleichzeitig im Internet unter www.polizei.hessen.de beworben wurde, zeigte Wirkung. Der Versuchsanteil konnte erneut angehoben werden und weist mit 42,4 % die höchste Versuchsquote seit 1971 auf!

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der steigenden Fokussierung auf ältere Menschen bei der Straftatbegehung ist der Bedarf an Präventionsmaßnahmen gegenüber dieser Zielgruppe gestiegen. Das Hessische Landeskriminalamt hat unter Beteiligung der Polizeipräsidien die Arbeitsgruppe Senioren mit den Unterarbeitsgruppen „Sicherheitsberater für Senioren“ (SfS), „Prävention von Straftaten zum Nachteil älterer Menschen“ (SÄM), „Kooperationspartner“ und „Verkehrsprävention“ eingerichtet.

Erstmalig beteiligte sich die Koordinierungsstelle Kulturgüterschutz (HLKA) an der europaweiten Aktionswoche zur Bekämpfung der internationalen Kulturgutkriminalität. Mittels der Ausstellung „Kriminalarchäologie“ des Römisch Germanischen Zentralmuseums Mainz wurden Reisende am Flughafen in Frankfurt/Main über den illegalen Handel mit Kulturgütern aufgeklärt.

Beim 19. Deutschen Präventionstag in Karlsruhe präsentierte die hessische Polizei gemeinsam mit Kooperationspartnern die Inhalte des Arbeitskreises „Sicherheit für alle“ (AK Sifa) sowie das Aussteigerprogramm IKARus (Informations- und Kompetenzzentrum, Ausstiegshilfen Rechtsextremismus).

Bis zu 15 Beamtinnen und Beamte der hessischen Polizei stellten anlässlich des Hessentages in Bensheim täglich Präventionsinhalte zu den Themen Verkehrssicherheit, Prävention bei Kindern und Jugendlichen, Betrug und Falschgeld öffentlichkeitswirksam vor. Die Themen wurden mit hohem Engagement bei bis zu 40° C am Präventionsmobil, am Stand der Polizei und am Stand des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport mit den Besucherinnen und Besuchern diskutiert.

Das Präventionsmobil kam im vergangenen Jahr an 81 Tagen hessenweit zum Einsatz und unterstützte dabei maßgeblich die Präventionsveranstaltungen zum Wohnungseinbruchdiebstahl.

Live-Kostüme verkörpern die programmhinterlegte Sympathiefigur LEON. Sie wurden in 24 Fällen, dabei zum Teil über mehrere Monate, an die Polizeipräsidien verliehen. Der Live-LEON ist eine wertvolle Unterstützung der Präventionsarbeit bei der Einweihung von LEON-Hilfeinseln, am Hessentag und weiteren Veranstaltungen mit Kindern.

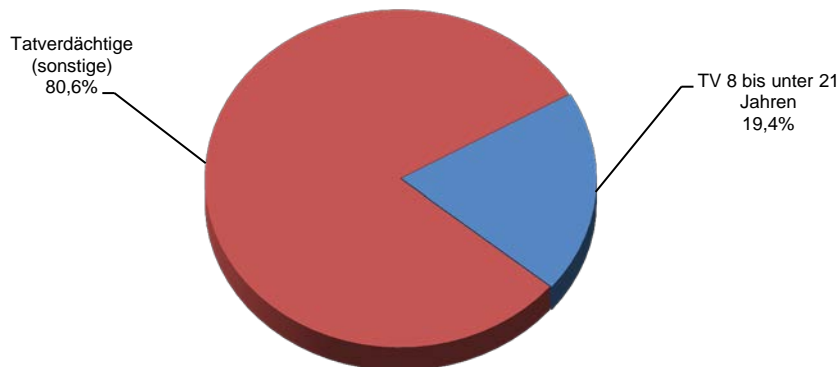
2. Präventionsbereiche

2.1. Jugendkriminalität

Entwicklung im vergangenen Jahr

Im Berichtsjahr wurden insgesamt 164.326 Tatverdächtige (TV) in der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) erfasst.

Der Anteil der Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden lag bei 31.821 TV und stieg somit um 1,4 % im Vergleich zum Vorjahr an. Die Zahl der tatverdächtigen Kinder¹ (8 < 14 Jahre) sank um 9,2 % auf 3.036, die Zahl der tatverdächtigen Jugendlichen (14 < 18 Jahre) stieg um 1,3 % auf 13.673 und die Zahl der tatverdächtigen Heranwachsenden (18 < 21 Jahre) stieg um 3,8 % auf 15.112.



Tatverdächtige - 8 bis unter 21 Jahren im Verhältnis zu Straftaten gesamt

Nach wie vor werden deutlich mehr jugendliche und heranwachsende als kindliche TV registriert.²

Die nach den drei Altersgruppen getrennte Darstellung der Deliktsverteilung ([Anlage 4.2](#)) verdeutlicht abweichende Schwerpunkte der jeweiligen Altersgruppen in den

¹ Mit Beschluss der Kommission Polizeiliche Kriminalstatistik 1981 sind bei der Errechnung von Kriminalitätsbelastungszahlen in den Jahrbüchern Tatverdächtige bzw. Einwohner unter 8 Jahren nicht zu berücksichtigen. Aus diesem Grund werden die unter 8-jährigen auch in Bezug auf die Jugendkriminalität nicht mit aufgeführt.

² Erklärungsansätze hierzu finden sich in der Phänomenologie der Jugendkriminalität begründet (u. a. in zunehmenden Tatgelegenheiten, steigender Mobilität, gruppenspezifischen Prozessen sowie zunehmender Handlungskompetenz).

unterschiedlichen Deliktsbereichen. Hierbei ist zu erwähnen, dass Kinder am häufigsten Diebstahlsdelikte begehen. Im Gegensatz dazu sind sowohl bei den Jugendlichen als auch bei den Heranwachsenden die sonstigen Delikte (u. a. Erschleichen von Leistungen, Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz) am häufigsten.

Mit 23.413 TV sind fast drei Viertel aller TV unter 21 Jahren männlichen Geschlechts. Die größten Anteile an dieser Gruppe stellen Jugendliche (9.712 TV) und Heranwachsende (11.603 TV). Etwa ein Zehntel der männlichen TV sind Kinder (2.421 TV). Bei den männlichen Jungtätern wird insgesamt eine Zunahme um 3,0 % verzeichnet.

Die Anzahl der Jungtäterinnen (8 < 21 Jahre) hat sich um 2,5 % auf 8.612 erhöht. Fast die Hälfte von ihnen sind jugendliche Mädchen (3.961 TV), gefolgt von der Gruppe der Heranwachsenden (3.509 TV) und den Kindern (1.142 TV).

Um Aussagen zu Straftaten unter Anwendung körperlicher Gewalt zu ermöglichen, werden bei einzelnen Straftatengruppen bereits gezählte Delikte unter dem Summenschlüssel „Gewalkriminalität“³ zusammengefasst.

Bei den Raubstraftaten wurden im Berichtsjahr 929 TV (8 < 21 Jahre) erfasst. Das entspricht einem Rückgang um 6,7 % im Vergleich zum Vorjahr. Die TV von Raubstraftaten stehen zwar quantitativ hinter den registrierten TV der Diebstahls- und Körperverletzungsdelikte oder der Sachbeschädigungen, allerdings sind Raubdelikte aufgrund ihrer hohen kriminellen Energie und der darauf begründeten gesetzlichen Einstufung als Verbrechenstatbestand mit besonderer Sorgfalt zu betrachten. Außerdem stehen diese Delikte im besonderen Fokus der Öffentlichkeit, da sie in jedem Fall die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich ziehen.

³ Dazu zählen Raubdelikte, gefährliche und schwere Körperverletzung sowie Mord, Totschlag, Vergewaltigung und besonders schwere Fälle der sexuellen Nötigung sowie Körperverletzung mit Todesfolge/Vergiftung, erpresserischer Menschenraub, Geiselnahme und Angriff auf den Luftverkehr.

Schwerpunkte/Projekte

Landesweite polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugenddelinquenz „Haus des Jugendrechts“

Häufig sind staatliche Reaktionen auf sozial auffälliges oder delinquentes Verhalten junger Menschen dadurch gekennzeichnet, dass sie mit erheblichen Verzögerungen oder nicht immer aufeinander abgestimmt erfolgen. Dieser unbefriedigenden Situation im Bereich der Jugenddelinquenz, der Jugendgefährdung und des Jugendschutzes wurde durch das ressortübergreifende Projekt „Haus des Jugendrechts“ wirksam begegnet. Sollte es bereits zu einem strafrechtlich relevanten Fehlverhalten gekommen sein, wird hierauf zeitnah und mit individuell ausgerichteten Maßnahmen, unter Berücksichtigung der gesamten Lebenssituation des Täters, reagiert.

Aufgrund der überaus positiven Erfahrungen in den seit 2011 bestehenden Häusern in Wiesbaden und Frankfurt/M., insbesondere in Bezug auf Verkürzung der Vorgangslaufzeiten und abgestimmte Präventionsmaßnahmen, sind weitere Häuser des Jugendrechts, u. a. im Norden Frankfurts und in Offenbach am Main in der konkreten Planung.

Prävention im Team – PiT

Prävention im Team – PiT – ist das Gewaltpräventionsprogramm der hessischen Landesregierung im Netzwerk gegen Gewalt, mit Teambildung von Schule, Polizei und Jugendhilfe. Der Erfolg beruht insbesondere darauf, dass die Teammitglieder kontinuierlich und langfristig bei der Durchführung von deeskalierenden Trainingsmodulen in den Schulen zusammenarbeiten.

Hessenweit beteiligen sich mittlerweile mehr als 100 Schulen an diesem Projekt.

Hart am Limit - „HaLT“

HaLT ist ein Suchtpräventionsprojekt, das aus zwei unterschiedlichen Bausteinen besteht, die sich gegenseitig ergänzen und verstärken. Im reaktiven Projektbaustein werden Jugendliche nach stationär behandelter Alkoholvergiftung mit dem sogenannten „Brückengespräch“, meist noch im Krankenhaus, angesprochen.

Zusätzlich zu diesen Einzelberatungen für betroffene Jugendliche (und ihre Eltern) erfolgt eine Auseinandersetzung mit dem riskanten Konsumverhalten im Rahmen eines acht- bis zwölfstündigen Gruppenangebotes. Neben der Zusammenarbeit mit den Kliniken gibt es, regional angepasst, weitere Schnittstellen und Beteiligungsformen, um Jugendliche mit riskantem Alkoholkonsum frühzeitig zu erreichen und zu intervenieren.

2014 beteiligten sich die Polizeipräsidien Nordhessen, Westhessen und Südosthessen an einer Vielzahl von projektbezogenen Veranstaltungen, z. B. HaLT-Aktionstagen / -wochen.

„Kinderkommissar LEON/LEON - Hilfeinseln“

Die programmunterlegte Sympathiefigur der hessischen Polizei, *Kinderkommissar LEON*, ist unter anderem durch die hessenweit zahlreichen LEON-Hilfeinseln bekannt. Inzwischen konnte die Anzahl der Hilfeinseln auf über 1800 gesteigert werden.

Beispielhafte regionale Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugenddelinquenz

„Jugendkommissariat“ (PP Mittelhessen)

Im Bereich der Regionalen Kriminalinspektion Gießen wurde bereits im Jahr 2013 ein eigenes Jugendkommissariat (K33) eingerichtet. In diesem werden täterorientiert, unabhängig von einer sachlichen Zuständigkeit, grundsätzlich alle Delikte von Täterinnen und Tätern bis 21 Jahre bearbeitet. Nach Beendigung der einjährigen Erprobungsphase wurden weitere organisatorische, aufgabenorientierte Nachbesserungen vorgenommen. Innerhalb des Jugendkommissariats werden abgebildet:

- Besondere Ermittlungs- und Fahndungsaufgaben mit EG Mehrfach-Intensivtäter und BASU 21,
- EG Jugendkriminalität/AGGAS und
- EG Prävention/Intervention.

Hierdurch soll eine noch effektivere Zusammenarbeit, Reduzierung von Schnittstellen, größere Einheitlichkeit und bessere fachliche Qualitätskontrolle erreicht werden.

Suchtprävention

„Klar-Sicht“ (PP Nordhessen)

2014 beteiligten sich mehrere Gesamtschulen an der Aktion „Klar-Sicht“. Der Mitmachparcours vermittelt interaktiv Informationen zu den Suchtmitteln Alkohol und Tabak.

Die Veranstaltungen wurde durch die BzGA (Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung), der jeweiligen Schulsozialarbeit, der Drogenhilfe Nordhessen und der Jugendkoordination der PD Kassel organisiert und begleitet.

Jugendschutzteam (PP Westhessen)

Das Projekt "Jugendschutzteam" wird seit September 2012 in Zusammenarbeit mit dem Jugendschutzbeauftragten des Landkreises Limburg-Weilburg und der Jugendkoordinatorin der Polizeidirektion durchgeführt. Eingebunden ist es in die Rahmeninitiative "Jugendschutz ist wichtig. Wir machen mit!".

Das Jugendschutzteam besteht aus einem Polizeibeamten, einem ehrenamtlichen Rettungssanitäter und zwei Vertretern aus dem ehrenamtlichen sozialen Bereich. Ihre Aufgabe ist die frühzeitige, direkte und gezielte Intervention vor Ort.

Das Projekt wurde im Jahr 2014 erfolgreich fortgeführt und im Mai mit dem Hessischen Präventionspreis ausgezeichnet.

Gewaltprävention

"Sexualisierte Gewalt zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen" (PP Osthessen)

Die seit 2011 gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt Fulda (Schulpsychologie) und der Beratungsstelle gegen Sexuelle Gewalt durchgeführte Lehrerfortbildung „Sexualisierte Gewalt zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen“ wurde in Schulen der Sekundarstufe I weitergeführt.

Das Engagement aller Beteiligten führte zu einer breiten öffentlichen Wahrnehmung mit dem Ergebnis, dass ein Puppentheaterstück für Grundschulkindern von der zweiten bis zur vierten Klasse mit dem Arbeitstitel „Ich will das nicht“ entwickelt

wurde. Die Kinder werden durch Sexualpädagogen der „profamilia“ und der Beratungsstelle „donum vitae“ in jeweils zwei Unterrichtseinheiten auf das Stück vorbereitet. Ferner findet eine Nachbereitung durch Sexualpädagogen statt. Den Lehrkräften werden Informationsmaterialien ausgehändigt und darüber hinaus eine Fortbildung zur Thematik angeboten.

Zudem findet vor jeder Theateraufführung unter Begleitung einzelner Protagonisten ein Elternabend statt, an dem die relevanten Passagen des Theaterstückes aufgeführt werden.

„Gefahrenlagen an Schulen“ (alle Präsidien)

Immer wieder kommt es im beruflichen Alltag der Polizei und der Schulen zu neuen Gefahrenlagen, teilweise mit ernstem Hintergrund und manchmal nur aus "Spaß". Auch wenn die Zahlen bezüglich der gemeldeten Gefahrenlagen an Schulen rückläufig sind, müssen die Schulen und auch die Polizei vorbereitet sein. Die Handreichung "Leitfaden Handeln in Krisensituationen" wurde durch die hessische Polizei in verschiedenen Fachveranstaltungen in ganz Hessen gemeinsam mit dem Netzwerk gegen Gewalt sowie den Staatlichen Schulämtern interdisziplinär und handlungsorientiert umgesetzt.

Gefahren im Internet

„Digitale Helden“ (PP Westhessen)

Das schulübergreifende Mentorenprogramm "Digitale Helden" wird mit finanzieller Unterstützung des Lions Club Limburg-Domstadt in Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum Limburg-Weilburg und einem Team aus Frankfurter Medienpädagogen seit August 2013 im Landkreis Limburg-Weilburg durchgeführt und wurde im Jahr 2014 auf insgesamt 12 Schulen ausgeweitet. Im Rahmen dieses Projektes werden Schülerinnen und Schüler der 7. bis 9. Jahrgangsstufe zum "Onlinecoach" ausgebildet, um jüngere Schülerinnen und Schüler in Bezug auf Datenschutz, Urheber- und Persönlichkeitsrechte, soziale Netzwerke und persönliche Prävention von Cybermobbing zu beraten.

Im Juni 2014 wurde das Projekt mit dem "klicksafe-Preis" für Sicherheit im Internet ausgezeichnet.

Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen

"Braune Falle- eine rechtsextremistische Karriere" (PP Mittelhessen)

Im Alltag begegnen Bürgerinnen und Bürger immer noch rechtsextremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen in verschiedensten Erscheinungsformen. Diese reichen von Aufmärschen über Hakenkreuzschmierereien an Gebäuden bis hin zum Verbreiten rassistischer Parolen. Insbesondere junge Menschen sind Zielgruppe der rechtsextremistischen Szene, wobei versucht wird, diese für das rechte ideologische Gedankengut zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund wurde in der Zeit vom 13. bis 27.06.2014 mit der Ausstellung "Braune Falle - eine rechtsextremistische Karriere" im Polizeipräsidium Mittelhessen über den Rechtsextremismus informiert. In dem zweiwöchigen Ausstellungszeitraum konnten insgesamt ca. 1.500 Besucher durch die Ausstellung begleitet werden.

Prognose/Ziele

Jugenddelinquenz ist ubiquitär und vorübergehend, was durch die kriminologische Forschung belegt ist. Der weitaus überwiegende Teil der delinquenten Jugendlichen wird danach nicht wieder auffällig. Polizeiliche Auswertungen und Dunkelfeldforschungen machen deutlich, dass lediglich ein kleiner Anteil der jugendlichen Straftäter für den Großteil der begangenen Straftaten verantwortlich ist. Die hessische Polizei hat mit der landesweiten Einführung des Programms BASU21 sowie der Einführung und Ausweitung der Häuser des Jugendrechts wichtige Bausteine geschaffen, um diesen delinquenten Erscheinungsformen entsprechend entgegen zu wirken.

Bei der Ausweitung derartiger Maßnahmen gilt es weiterhin, den demografischen Wandel im Blick zu behalten. Die Abnahme der jugendlichen Zielgruppe im Gesamtzusammenhang der Bevölkerungsentwicklung wird dazu beitragen, dass der Anteil jugendlicher Straftäter abnehmen wird. In den Ballungszentren ist allerdings weiterhin von einer hohen Belastung auszugehen.

Die Verbreitung sowie die Anwendung digitaler Medien haben sich in den letzten Jahren rasant entwickelt und sind inzwischen ein fester Bestandteil im Alltag der

Jugendlichen. Jugendliche, deren Erziehungsberechtigte sowie die jeweiligen Erziehungsinstitutionen müssen weiterhin über aktuelle Gefahren und Risiken im Umgang mit den digitalen Medien sensibilisiert werden.

Angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen in Deutschland wird sich die Jugendkoordination der hessischen Polizei voraussichtlich verstärkt mit der Problematik von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen beschäftigen müssen.

Die Anzahl ist 2014 in der zweiten Jahreshälfte teilweise so stark angestiegen, dass diese Kinder und Jugendlichen aus Kapazitätsgründen, z. B. in Frankfurt, durch das Jugendamt in Hotels untergebracht werden mussten. In Frankfurt am Main wurde deshalb ein runder Tisch initiiert, an dem u. a. die Jugendkoordinatoren teilnehmen. Ähnliche Entwicklungen sind für andere hessische Regionen zu erwarten.

Auch das Gießener Jugendkommissariat stellte in der zweiten Jahreshälfte eine deutlich erhöhte Belastung durch Eigentumsdelikte, verübt durch jugendliche und heranwachsende Tatverdächtige aus dem Bereich der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung (HEAE) Gießen, fest. Diese Entwicklung wird sich 2015 fortsetzen und auch auf die Bereiche der neu zu eröffnenden Erstaufnahmeeinrichtungen in Hessen ausdehnen.

Im Zusammenhang mit dem Themenkomplex „Salafismus“ wird die Jugendkoordination (insbesondere im Rhein-Main-Gebiet) 2015 noch deutlich häufiger von ihren Netzwerkpartnern angesprochen und um Rat gefragt werden. Je nach Schwerpunkt der Hinweise wird entweder bei Beratungsbedarf an das Violence Prevention Network (VPN) vermittelt oder aufkommende Verdachtsfälle werden an das zuständige Fachkommissariat weitergeleitet werden.

2.2. Häusliche Gewalt / Stalking

Entwicklung im Deliktsbereich Häusliche Gewalt

Im Jahr 2014 sind die Fallzahlen im Vergleich zu 2013 von 7.668 auf 7.586 registrierte Fälle (-1,1%) leicht gesunken.

Tendenziell ist ein Rückgang der Tötungsdelikte im Zusammenhang mit Häuslicher⁴ Gewalt feststellbar. Die Gesamtzahl im Jahr 2014 ist auf 29 Fälle gesunken, darin enthalten sind sechs vollendete und 23 versuchte Straftaten. Im Vergleich dazu sind die Fallzahlen der schweren und gefährlichen Körperverletzungen im Zusammenhang mit Häuslicher Gewalt von 1.045 auf 1.052 geringfügig angestiegen. Im Berichtsjahr haben sich die Opferzahlen von 7.285 auf 7.399 erhöht. Davon sind 85,6% weibliche und 14,4% männliche Opfer.

Die Gesamtzahl der Tatverdächtigen (TV) hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 6.603 auf 6.558 reduziert. Dabei wurden 86,0% männliche und 14,0% weibliche TV registriert. Das anteilmäßige Verhältnis der männlichen und weiblichen TV ist im Vergleich zu 2013 konstant geblieben.

Eine geringfügige Erhöhung von 2.395 auf 2.455 ist bei nichtdeutschen TV zu verzeichnen (+2,5%). Dabei wurden 86,8% männliche und 13,2% weibliche TV registriert.⁵

Insbesondere bei Betroffenen mit Migrationshintergrund können fehlende Sprachkenntnisse die Anzeige der Gewalttat verhindern. Ebenso führen traditionelle Wertvorstellungen hinsichtlich der Geschlechterrolle in Ehe- und Partnerschaft sowie ein ungewisser Aufenthaltsstatus dazu, das Erlebte zu verschweigen. Aufgrund dessen erfolgt in diesem Kontext oftmals ein Einschreiten der Polizei aufgrund der Mitteilungen unbeteiligter Dritter, z. B. Nachbarn.

Tendenziell ist bei Straftaten im Bereich der Häuslichen Gewalt der Alkoholkonsum mitentscheidend. Von insgesamt 6.558 TV standen 1.268 unter Alkoholeinfluss. Regelmäßig ist hier festzustellen, dass es aufgrund der alkoholbedingt niedrigeren Hemmschwelle zu beiderseitigen Übergriffen kommt. Infolge dessen werden vermehrt wechselseitige Anzeigen gestellt. In der Strafanzeige werden beide Parteien sowohl als Opfer und als auch als TV aufgeführt.

⁴ Im Folgenden wird das Adjektiv häuslich im Gewaltkontext immer groß geschrieben, da sich diese Schreibweise in der einschlägigen Literatur als feststehender Begriff etabliert hat (vgl. Boldt/Jarchow Phänomenologie der Beziehungsgewalt in Hamburg, S. 1).

⁵ Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) unterscheidet zwischen deutscher und nichtdeutscher Bevölkerung, nicht erfasst werden Daten zum Migrationshintergrund.

Im Berichtsjahr wurden beim Einschreiten in Fällen Häuslicher Gewalt 5.375 Minderjährige angetroffen. In 2013 waren es insgesamt 6.267. Der Rückgang um 14% korrespondiert mit den sinkenden Fallzahlen im Bereich der Häuslichen Gewalt. Gemäß den Handlungsleitlinien „Häusliche Gewalt“ werden die zuständigen Jugendämter informiert, wenn Minderjährige mittelbar oder unmittelbar von Häuslicher Gewalt betroffen sind. Wenn sich bereits beim polizeilichen Einschreiten Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung ergeben, wird ein gesonderter Bericht gefertigt und dem Jugendamt vorgelegt. Beispielhaft ist hier zu nennen, dass Kinder Augenzeugen der Häuslichen Gewalt sind oder Auffälligkeiten bei den Eltern festgestellt werden. Zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung benötigen die Jugendämter einen ausführlichen Polizeibericht.

Entwicklung im Deliktsbereich Stalking

Im Jahr 2014 sind die Fallzahlen des Straftatbestandes Nachstellung (Stalking) gemäß § 138 StGB von 1.376 auf 1.170 Fälle gesunken (-15,0%). Dabei fallen Anzeigen auf, bei denen die Tatbestandsmäßigkeit der Nachstellung nicht erfüllt ist. Obwohl die Betroffenen sich belästigt fühlen, sind die Tatbestandsmerkmale wie „Beharrlichkeit“ und „schwerwiegende Beeinträchtigung der Lebensführung“, die ein Erfordernis des Tatbestandes darstellen, nicht erfüllt. Nicht auszuschließen ist hierbei, dass eine strafbare Handlung z. B. Nötigung oder Beleidigung vorliegt.

Im Vergleich zu 2013 sind die Opferzahlen rückläufig (2013: 1.453, 2014: 1.235), was mit den insgesamt sinkenden Fallzahlen korrespondiert. Das Verhältnis der männlichen (18,9%) und weiblichen Opfer (81,1%) ist tendenziell gleichbleibend. Von 1.043 TV, waren 20,7% weiblich und 79,3% männlich. Im Berichtsjahr wurden in der PKS 788 deutsche (75,6%) und 255 nichtdeutsche (24,4%) TV registriert.

Schwerpunkte/Projekte

Das Modellprojekt „Frühzeitige Einbindung der Gerichtshilfe in Verfahren Häuslicher Gewalt“ im Zuständigkeitsbereich der Staatsanwaltschaft Marburg in Zusammenarbeit der Polizeidirektion (PD) Gießen sowie der PD Marburg-Biedenkopf, hat sich bewährt.

Im Bereich des PP Südhessen sind Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in allen Direktionen aktiv an der Netzwerkarbeit beteiligt, wodurch die Zusammenarbeit mit Beratungsstellen, Behörden und der Justiz intensiviert werden konnte. Die PD Groß-Gerau beteiligte sich im regionalen Netzwerk „AG Gewalt“ am internationalen „Tag gegen Gewalt an Frauen“ und an den Feierlichkeiten zu 30jährigen Bestehen. Das „Netzwerk Gewaltschutz“ der Stadt und des Landkreises Darmstadt veranstaltete im PP Südhessen einen Fachtag mit dem Titel „Bedroht, verletzt, geschlagen – und wie geht’s weiter?“ Beteiligt waren Polizei, Justiz, Beratungsstellen und Jugendamt. Hier wurden Problematiken angesprochen und ein „Erste Hilfe-Ordner“ entwickelt, der als Hilfestellung für den ersten Angriff in Fällen Häuslicher Gewalt dienen soll.

Insgesamt wurde die Teilnahme an Arbeitskreisen und Runden Tischen zum Thema „Häusliche Gewalt“ im Rahmen der Netzwerkarbeit mit anderen Institutionen intensiviert.

Bewertung/Erkenntnisse

Festzustellen ist, dass die Fallzahlen im Bereich der Häuslichen Gewalt und Stalking tendenziell gleichbleibend sind und nur geringfügigen Schwankungen unterliegen. Im PP Frankfurt/Main besteht aufgrund personeller Fluktuation insgesamt ein erhöhter Schulungsbedarf für Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im Bereich der Häuslichen Gewalt.

Als probates Mittel polizeilicher Intervention haben sich wie in den Jahren zuvor die Gefährder- und Gefährdetenansprachen erwiesen.

Die polizeilichen Maßnahmen Wegweisung, Aufenthaltsverbot, Kontaktverbot und Platzverweis führten in zahlreichen Fällen der Häuslichen Gewalt und des Stalking zur Unterlassung der weiteren Tatbegehung. Die Gerichtshilfe u. a. Beratungsstellen bieten Anti-Gewalt-Programme für gewalttätige Männer an, mit dem Ziel gewaltfreie Alternativen aufzuzeigen und die Rückfallquote zu minimieren. Auch diese Maßnahmen tragen zur Reduzierung der Fallzahlen Häusliche Gewalt und Stalking bei.

Unter dem Leittitel „Häusliche Gewalt und Migration“ wurden durch die Polizeipräsidien Schulungsveranstaltungen unter Beteiligung von Netzwerkpartnern durchgeführt. Im Blickpunkt standen interkulturelle Kompetenz sowie soziokulturelle Aspekte zur phänomenbezogenen Vorgehensweise.

Prognose und Ziele

Seit Einführung des Gewaltschutzgesetzes im Jahre 2002 entfalten die umgesetzten Präventionsmaßnahmen zunehmend ihre Wirkung. Fortwährende Migrationsprozesse stellen neue gesellschaftliche Herausforderungen dar, die zeitgemäße Anpassungen der Bekämpfungsstrategien erfordern.

Es ist davon auszugehen, dass die Fallzahlen im Bereich der Häuslichen Gewalt in etwa auf dem bisherigen Niveau bleiben.

2.3. Verkehrsprävention

Entwicklung im vergangenen Jahr

Im Jahr 2014 wurden auf Hessens Straßen 130.907 Unfälle durch die Polizei registriert. Dabei wurden 213 Personen tödlich, 4.188 Personen schwer und 16.838 Personen leicht verletzt.

Im Gegensatz zu der Anzahl der Verkehrsunfälle im Jahr 2013 mit insgesamt 131.761 Unfällen, davon 200 tödlich, 4.017 schwer und 16.377 leicht verletzten Personen ist in dem Bereich der Gesamtunfälle eine Reduzierung festzustellen. Bei den Unfällen mit Personenschaden ist dagegen ein leichter Zuwachs von insgesamt 3,1% zu verzeichnen, der bei den tödlich Verletzten einen Anteil von 6,5%, bei den schwer Verletzten von 4,2% und bei den leicht Verletzten Personen von 2,8% einnimmt. In der Langzeitbetrachtung (Vergleich Unfallzahlen aus dem Jahr 2004) entspricht dies insgesamt einem Rückgang um rund 16% (siehe Verkehrsbericht Hessen 2014). Somit wird auch in Hessen der bundesweit insgesamt positive Trend der vergangenen 10 Jahre im Bereich des Straßenverkehrs bestätigt und mit getragen.

Schwerpunkte/Projekte

Die weiterhin steigende Anzahl der Verkehrsunfälle, bei denen die „Generation 65plus“ beteiligt ist, stellt sich als signifikant heraus.

Der Anteil der Altersgruppe 65 – 74 Jahre an der hessischen Bevölkerung beträgt 10,3%. Sie waren im Jahr 2014 an 10% der Verkehrsunfälle beteiligt, wobei Ihnen 5,7% der Verunglückten zuzurechnen sind. Der Bevölkerungsanteil der „Altersgruppe 75plus“ beträgt in Hessen 9,7% und sie waren im Jahr 2014 an knapp 7% der Verkehrsunfälle beteiligt. Während dieser Altersgruppe 4,5% der Verunglückten zuzurechnen sind, steigt ihr Anteil mit der Schwere der Folgen deutlich: Bei den Leichtverletzten sind es noch 3,6%, bei den Schwerverletzten schon 8,3% und bei den Getöteten schließlich 19,7%.

Dies ergibt sich im Wesentlichen durch die Zunahme bei der Verkehrsbeteiligung Pkw (plus 10%). Auffällig ist, dass fast die Hälfte der Getöteten dieser Altersgruppe als Fußgänger am Straßenverkehr teilgenommen hat bzw. fast zwei Drittel als schwächere Verkehrsteilnehmer (Fußgänger und Radfahrer) tödlich verunglückt sind (Quelle: Verkehrsbericht Hessen 2014).

Die Einführung der Aktion „Maximal mobil bleiben - mit Verantwortung!“ des Polizeipräsidiums Mittelhessen im Mai 2013 sowie die Implementierung der „Sicherheitsberater für Senioren“ in verschiedenen Polizeipräsidien stellte sich als sehr erfolgsversprechende polizeiliche Präventionsarbeit heraus, so dass die daraus entstandene Planung, die „Aktion MAX“ landesweit einzuführen, forciert wurde.

Vom Hessischen Landeskriminalamt wurden zwei Alterssimulationsanzüge beschafft, die den Polizeipräsidien für Veranstaltungen mit der Zielgruppe zur Verfügung gestellt werden. In Ergänzung ist darüber hinaus die Beschaffung von drei weiteren Retwalls für die Polizeipräsidien zur Nutzung im Rahmen von sogenannten „Insellösungen“ geplant.

Die „Arbeitsgruppe Seniorenprävention“, unter Federführung des Hessischen Landeskriminalamtes nahm im Juli 2014 ihre Arbeit auf. Neben der Verkehrs-

prävention sind die konzeptionelle Erarbeitung der landesweiten Einführung der „Sicherheitsberater für Senioren“, Präventionsmöglichkeiten von „Straftaten zum Nachteil älterer Menschen“ sowie die Zusammenarbeit mit geeigneten Kooperationspartnern die Themenschwerpunkte.

Die durchgeführten Präventionstage/-wochen an Schulen für die Zielgruppe der „Jungen Fahrer“ sind mittlerweile in den Polizeipräsidien fester Bestandteil der polizeilichen Verkehrspräventionsarbeit. Diese Maßnahmen erweisen sich als förderungswürdiger Ansatz in der Arbeit mit dieser Zielgruppe, was sich durch deren insgesamt positive Entwicklung der Unfallbeteiligung bestätigt.

Im Gegensatz zu der Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren sind die Unfallzahlen der Zielgruppe „Junge Fahrer“ weiterhin rückläufig (minus 4,8% zum Jahr 2013). Die damit bisher am häufigsten belastete Altersgruppe im Zusammenhang mit der Unfallbeteiligung tritt dadurch mittlerweile hinter die Altersgruppe der „ab 75-jährigen“ (plus 9,7% zum Jahr 2013). Zur Fortführung des insgesamt positiven Trends sind die Maßnahmen für die Zielgruppe „Junge Fahrer“ beizubehalten.

Die frühkindliche Verkehrserziehung von Kindern im Zusammenspiel mit den Eltern ist ein bedeutungsvoller Ansatz zur langfristigen Senkung der Unfallzahlen bei der Zielgruppe der Kinder. Die Jugendverkehrsschulen tragen hier durch die altersgerechte Verkehrserziehung im Kindergarten und insbesondere durch die konsequente Radfahrausbildung in der Grundschule entscheidend dazu bei. Die Unfallzahlen unter Beteiligung von Kindern (0-13 Jahre) verzeichnen insgesamt einen positiven Trend (Senkung um 0,7% zum Jahr 2013), insbesondere im Bereich der Personenschäden (Verunglückte gesamt minus 1%).

Seniorinnen und Senioren haben mehr Anteil am Radverkehr, als es noch vor 10 Jahren der Fall war. Die Veränderung des Freizeitverhaltens im Zusammenhang mit der Erleichterung der technischen Voraussetzungen (Pedelec, E-Bike) trägt entscheidend dazu bei. Eine deutliche Steigerung der Unfallbeteiligung (Pedelecs plus 44%; E-Bike plus 5%) ist hier zu verzeichnen. Insbesondere das Tragen eines Fahrradhelmes ist ein Themenfeld, das bereits in einigen Polizeipräsidien bei dieser Altersgruppe behandelt wird.

Darüber hinaus konnten in den Polizeipräsidien Südosthessen, Südhessen und Frankfurt am Main Migrantinnen und Migranten durch die Jugendverkehrsschulen im Rahmen von „Motoriktrainings“ beschult werden. Ein zunehmender Bedarf in diesem Themenfeld ist durch die steigende Zuwanderung insbesondere von Flüchtlingen, darunter viele unbegleitete Kinder und Jugendliche, zu erwarten.

Die im Ausblick auf 2014 benannte Faltkarte für das Themenfeld „Lkw – Sicherheit“ konnte am 16.8.2014 durch den Staatssekretär Koch und die Vizepräsidentin des Hessischen Landeskriminalamtes, Frau Lindenthal-Gold, auf der Tank- und Rastanlage Medenbach medienwirksam präsentiert und eingeführt werden. Die Faltkarte wurde aufgrund des international vorherrschenden Verkehrs auf hessischen Bundesautobahnen in der Sprache Deutsch und Englisch aufgelegt. Zum besseren Verständnis für die osteuropäischen Nachbarstaaten wurden anhand eines QR-Codes die Inhalte der Faltkarte in polnischer Sprache auf der Internetseite der Polizei Hessen verlinkt. Seit August erfährt diese Seite bereits mehrere Tausend Zugriffe sowie Downloads der Karte. Durch das neu implementierte Themenfeld des „Schwerlastverkehrs“ auf der Internetseite der Polizei Hessen konnten weitere Möglichkeiten zum Download von Informationsmaterialien, wie Gefahrgut und Lenkzeit, geschaffen werden. Dieses Angebot wird nicht nur durch hessische Betriebe/Unternehmen genutzt, mehrere Anfragen von anderen Bundesländern aus den verschiedensten Bereichen konnten beantwortet werden. Bisher wurden 20.000 Karten an Fernfahrerinnen und Fernfahrer verteilt.

Bewertung/Ergebnisse

Mit der Senkung der Unfallzahlen und deren Folgen in der Langzeitbetrachtung zeigt sich, dass Hessen auf dem Gebiet der Verkehrssicherheitsarbeit und Verkehrsprävention auf einem erfolgreichen Weg ist. Zielrichtung bleibt weiterhin die Senkung der Unfallzahlen.

Insbesondere die Hauptunfallursachen „zu hohe Geschwindigkeit“ und „Abstand“ sowie die Risikogruppen wie „Radfahrer“, „Junge Fahrer“ und „Generation 65plus“ waren im engeren Fokus von verkehrspräventiven Aktionen. Bestehende Projekte und Aktionen der Polizeipräsidien wie Präventionstage/-wochen an Schulen, Aktion

BOB/MAX, Aktionen zur Sicherung des Radverkehrs werden auch 2015 fortgeführt, respektive erweitert.

Prognose/Ziele

Die in den Polizeipräsidien durchgeführten Projekte/Aktionen hinsichtlich der Zielgruppe „Generation 65plus“ können durch die landesweite Einführung der „Aktion MAX“ des Polizeipräsidiums Mittelhessen fortgeführt werden. Die Erweiterung der „Sicherheitsberater für Senioren“ auf alle Polizeipräsidien soll hierbei zu der polizeilichen Verkehrspräventionsarbeit positiv beitragen.

Die Zielgruppe „Radfahrender“ wird intensiver durch öffentlichkeitswirksame Aktionen berücksichtigt. Dabei wird der Fokus nicht allein auf die Unfallprävention gelegt, sondern auch auf den Schutz vor Fahrraddiebstählen. Im Herbst 2015 soll die 2011 erfolgreich durchgeführte Aktion „Zu Fuß und auf Reifen, Verkehr sicher begreifen!“ den Bürgerinnen und Bürgern, gegebenenfalls mit einem neuen Slogan, in Erinnerung gebracht werden.

2.4. Kriminalpolizeiliche Beratung

Entwicklung im vergangenen Jahr

Geprägt wurde das Berichtsjahr im Besonderen durch die Fortführung der seit 2012 laufenden landesweiten Kampagne „Sicheres Hessen“ zur Prävention des Wohnungseinbruchdiebstahls (WED).

4.654 Fälle (42,4 %) kamen 2014 nicht über das Versuchsstadium hinaus. Einen maßgeblichen Anteil daran haben die kriminalpolizeilichen Fachberaterinnen und Fachberater mit ihren kompetenten sicherungstechnischen und verhaltensorientierten Empfehlungen.

Auch die Fachrichter der drei vom Hessischen Landeskriminalamt herausgegebenen Errichternachweise für die Bereiche „Überfall- und Einbruchmeldeanlagen“, „Videotechnik“ und „Mechanische Sicherungseinrichtungen“ haben mit ihrem Know-how zu der Verhinderung von Einbrüchen beigetragen.

Präventionsmaßnahmen im Bereich des WED genossen weiterhin hohe Priorität. Die Teilnahme der kriminalpolizeilichen Beratungsstellen an zahlreichen regionalen Ausstellungen und Gewerbeschauen, der Einsatz des Präventionsmobils, das Aufstellen von Informationsständen an zentralen Plätzen, die Durchführung von Informationsveranstaltungen unter Einbindung der Städte und Gemeinden, zum Teil durch umfangreiche Berichterstattung in der Presse begleitet, haben erheblich dazu beigetragen, hessische Bürgerinnen und Bürger für ihre eigene Sicherheit zu sensibilisieren. Die Folge war eine im Laufe des Jahres stark angestiegene Nachfrage nach Beratungen, was in Einzelfällen eine Vorlaufzeit von bis zu zwei Monaten für eine Beratung bedeutete.

Feststellbar ist, dass der Schwerpunkt in der kriminalpolizeilichen Beratung nach wie vor in der qualifizierten Vor-Ort- Beratung direkt am/im Objekt liegt.

Erfreulich ist die gestiegene Nachfrage bei der Beratung von Neu-/Umbauten.

Schwerpunkte/Projekte

Auch in 2014 lag ein Schwerpunkt im Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden mit Publikumsverkehr als Folge einer dort verzeichneten Zunahme von ablehnendem bzw. aggressivem Verhalten der Kunden und Klienten.

Auf Wunsch des chinesischen Generalkonsulats wurde in den Konsulatsräumen vor 63 chinesischen Geschäftsleuten, die im Umkreis von Frankfurt ihr Gewerbe betreiben, von der Beratungsstelle des PP Frankfurt am Main ein Vortrag zum Thema Einbruchschutz, falsche Polizeibeamte, Trickdiebstähle etc. gehalten. Diese Veranstaltung hat sich als bestmöglicher Zugang zu der asiatischen Bevölkerungsgruppe erwiesen und soll in 2015 wiederholt werden.

Ein besonderer Fokus präventiver Polizeiarbeit lag im Bereich der Informationsangebote für Seniorinnen und Senioren, gerade auch im verhaltensorientierten Bereich. Elementarer Bestandteil hierbei war die allgemeine Gefahrensituation im Bereich des Tageswohnungseinbruchs (TWE) und des WED. Regional wurden weitere Sicherheitsberaterinnen und -berater für Senioren mit Multiplikatorenfunktionen ausgebildet bzw. bereits turnusmäßig fortgebildet.

Als Ergebnis einer seit 2012 bestehenden Projektgruppe „Gewerbebetriebe“ unter Beteiligung des Hessischen Landeskriminalamtes ist die gemeinsam überarbeitete „Sicherungsrichtlinie für Gewerbebetriebe des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft“ erschienen. Die Richtlinie ist nunmehr wesentlicher Bestandteil der Beratung von Gewerbebetrieben durch die kriminalpolizeilichen Beratungsstellen.

Seit 2013 und noch über das Jahr 2015 hinaus beschäftigt sich die bundesweite Projektgruppe „Technische Sicherheitsmaßnahmen für Stromtrassen“ unter Leitung des Hessischen Landeskriminalamtes schwerpunktmäßig mit der Erarbeitung und Abstimmung von Sicherheitsempfehlungen für die vier neu geplanten Nord- und Süd-Trassen.

Eine Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Hessischen Landeskriminalamtes befasste sich im Berichtsjahr mit der „Sicherheit in hessischen Gerichten und Staatsanwaltschaften“.

Prognose/Ziele

Präventionsmaßnahmen im WED-Bereich haben auch zukünftig Priorität, um dem bundesweiten Trend einer signifikanten Fallzahlensteigerung weiterhin erfolgreich entgegenzuwirken.

Informationsveranstaltungen mit Fachvorträgen für Seniorinnen und Senioren mit den Schwerpunktthemen „Aktuelle Kriminalitätsentwicklung“, „Allgemeine Gefahrensituationen“ und „Gefahren im Zusammenhang mit Betrugsdelikten“ sind elementare Bestandteile der Beratung und werden zukünftig durch den demografischen Wandel noch stärker nachgefragt werden.

Ein weiteres langfristiges Ziel ist die Sensibilisierung verantwortlicher Planer und Architekten, um Bauherren frühzeitig noch in der Planungsphase auf das Thema Einbruchschutz aufmerksam zu machen bzw. um in ihren eigenen Planungen bereits den Einbau einbruchhemmender Elemente gemäß der kriminalpolizeilichen Empfehlungspraxis einfließen zu lassen.

2.5. Opferschutz

Entwicklung im vergangenen Jahr

Die Arbeit der Opferschutzbeauftragten in den Polizeipräsidien und der Opferschutzkoordinatorinnen und -koordinatoren in den Polizeidirektionen hat sich im vergangenen Jahr verfestigt und etabliert. Die vielfältigen, an den Bedarf der polizeilichen Sachbearbeitung angepassten Schulungsmaßnahmen, zeigen ihre Wirkung: Opferschutz wird als wichtiger Bestandteil der Ermittlungsarbeit angesehen.

Schwerpunkte/Projekte

Unter Federführung des Hessischen Landeskriminalamtes wurde mit den Opferschutzbeauftragten der Präsidien und unter Einbindung der Fachdienststellen die Überarbeitung des Leitfadens „Professioneller Umgang mit Opfern und Zeugen“ erfolgreich beendet und dieser mit der Rahmenkonzeption „Opferschutz“ dem Landespolizeipräsidium zur Genehmigung vorgelegt.

Institutionsübergreifende Fachtagungen fördern die Vernetzung innerhalb wie außerhalb der Polizei und geben wichtige Impulse. Fachtagungen fanden z. B. im PP Südosthessen „Zwischen Pflicht und Kür – Umsetzung des polizeilichen Opferschutzes in der Praxis“, im PP Mittelhessen „Täterarbeit ist Opferschutz“ und beim PP Frankfurt am Main zum „Tag des Kriminalitätsopfers – Gewaltopfer im Verfahren“ statt. Das Hessische Landeskriminalamt stellte im Rahmen der jährlich stattfindenden Opferschutztagung unter Beteiligung aller Opferschutzbeauftragten die Entwürfe der Rahmenkonzeption und des Leitfadens dem interessierten Fachpublikum vor.

Etabliert haben sich Vorträge zum Opferschutz an der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung am Standort Kassel und Wiesbaden und an der Hessischen Polizeiakademie in den Seminaren „Prävention“ und „Kriminalpolizeiliche Kompetenz“.

Beim PP Südhessen wird seit dem vergangenen Jahr das Pilotprojekt „Opfernachsorge“ durchgeführt, um zu prüfen, inwieweit Opfernachsorge eine

Aufgabe für die hessische Polizei sein könnte. Das Projekt wurde durch das Polizeipräsidium entwickelt, den Polizeidirektionen vorgestellt und fortlaufend betreut. Erste Ergebnisse werden im Juli 2015 erwartet.

Mit wachsendem Bekanntheitsgrad werden die Opferschutzbeauftragten, die Opferschutzkoordinatorinnen und Opferschutzkoordinatoren immer öfter durch die Sachbearbeitung in Maßnahmen des polizeilichen Opferschutzes eingebunden. Hierbei handelt es sich regelmäßig um herausragende Sachverhalte, wie z. B. eine Haftentlassung, die als konkrete Gefährdung für die Opfer eingestuft wurde, eine Vergewaltigungsserie (beide Fälle beim PP Südhessen), eine Kostenübernahmeproblematik im Zusammenhang mit einer HIV- und Hepatitisprophylaxe für ein Vergewaltigungsopfer (PP Frankfurt/M) oder dem medienwirksamen Fall „Tuğçe“ (PP Südosthessen).

Bewertung/Erkenntnisse

Großveranstaltungen fördern die Vernetzung zwischen allen mit Opferschutzthemen betrauten Ressorts.

Schulungsmaßnahmen innerhalb der Kriminalkommissariate und der Dienstgruppen transportieren das Thema an die Basis. Sie sind verantwortlich für die sich abzeichnende Akzeptanz, dass die Beachtung der Rechte und der Bedürfnisse der Opfer zu einer professionellen Aufgabenerfüllung gehört und Bestandteil des polizeilichen Alltagshandelns sein muss.

Prognose/Ziele

Die Rahmenkonzeption „Opferschutz“ wird mit dem Leitfaden „Professioneller Umgang mit Opfern und Zeugen“ im Rahmen von Informationsveranstaltungen in allen Polizeipräsidien durch die Opferschutzbeauftragten vorgestellt werden.

Zudem werden mit der Umsetzung der Rahmenkonzeption die Opferschutzkoordinatorinnen und Opferschutzkoordinatoren stärker in die Verantwortung genommen. Dies betrifft insbesondere Schulungs- und Unterstützungsmaßnahmen der Sachbearbeitung.

Zum 15.11.2015 wird die EU-Opferrichtlinie über die Mindeststandards für die Rechte, die Unterstützung und den Schutz von Opfern von Straftaten in Deutschland mit dem 3. Opferrechtsreformgesetz umgesetzt. Entsprechend sind Formulare, Handreichungen und Vorträge der hessischen Polizei an die erweiterten Opferrechte anzupassen und an die Basis zu transportieren.

Um dem polizeilichen Nachwuchs möglichst frühzeitig und praxisnah ein Gespür für die Bedürfnisse der Opfer vermitteln zu können, wird die Unterstützung der Hessischen Hochschule für Polizei und Verwaltung durch die Opferschutzbeauftragten intensiviert.

2.6. Städtebauliche Kriminalprävention

Entwicklung im vergangenen Jahr

Im vergangenen Jahr wurde die Zusammenarbeit mit Bauämtern, Architekten und der Wohnungswirtschaft sukzessive aufgebaut und intensiviert. Der Austausch innerhalb der Präsidien mit den Verantwortlichen für Stellungnahmen im Bereich der Verkehrswegeplanung hat sich verstetigt. Durch den steigenden Bekanntheitsgrad und die größer werdende Akzeptanz für die Städtebauliche Kriminalprävention bei den Kommunen nimmt die Anzahl der Vorträge und eingeforderten Stellungnahmen kontinuierlich zu.

Schwerpunkte/Projekte

Die 2012 begonnene Kooperation mit der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität und dem PP Frankfurt am Main wurde 2014 intensiviert. Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stand im Jahr 2014 der Stadtteil Preungesheim. Untersucht wurden Möglichkeiten, bauliche Trennungen im Stadtteil durch geeignete Maßnahmen aufzuheben und benachbarte, konfliktbelastete Quartiere zusammenzuführen.

Das PP Mittelhessen setzte seine Beteiligung an dem Projekt „EinSicht - Marburg gegen Gewalt“ fort. Im Rahmen dieses Kooperationsprojektes der Stadt Marburg und der Philipps-Universität-Marburg zur Unterstützung der Gewaltprävention vor Ort sind Begehungen entlang von „Angsträumen“ in der Marburger Innenstadt geplant.

In allen Präsidien wurde das Gütesiegel „Sicher Wohnen in Hessen“ intensiv beworben. Das PP Osthessen hat das zweite dortige Projekt – „Alte Post“ in Lauterbach bis zur Fertigstellung begleitet.

Die **ressortübergreifende Arbeitsgruppe Städtebau und Kriminalprävention**⁶ traf sich zweimal im Darmstädter Stadtteil Kranichstein. Das Quartier war Fördergebiet der „Sozialen Stadt“ und hat mehrere bauliche Eingriffe erfahren, um die Strukturen vor Ort zu verbessern. Die diesbezüglichen Stellungnahmen der Arbeitsgruppenmitglieder bilden einen weiteren Baustein für gemeinsame Empfehlungen, die neben den kriminalpräventiven Aspekten die Wichtigkeit der interdisziplinären Kooperation deutlich machen.

Im Mai tagte erstmals die **interministerielle Arbeitsgruppe „Soziale Stadt“**⁷ unter Leitung des Referats Städtebau und Städtebauförderung im Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Um eine Vernetzung der Fachressorts zur sozialen Stadtteilentwicklung zu erreichen, soll es den Teilnehmern durch den Austausch ermöglicht werden, quartiersrelevante Aktivitäten der Fachressorts kennenzulernen, Kooperation- und Verknüpfungsmöglichkeiten zu identifizieren und damit eine gemeinsame Einschätzung zum Interesse und der fachlichen Notwendigkeit eines regelmäßigen interministeriellen Austausches zur Stärkung der Arbeit in den benachteiligten Quartieren in Hessen vorzunehmen.

Im Juli fand unter der Federführung des Hessischen Landeskriminalamtes zum ersten Mal eine zweitägige **Arbeitstagung an der Polizeiakademie Hessen** zum Thema „Städtebauliche Kriminalprävention“ statt. Im Rahmen der Aus- und Fortbildungsveranstaltung wurden, neben Fachvorträgen, praktische Übungen in der Gruppe durchgeführt.

⁶ Mitglieder: Hessischer Städtetag, Hessischer Städte- und Gemeindebund, Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen, Nassauische Heimstätte, Verband der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft, Hessisches Landeskriminalamt (Leitung)

⁷ Mitglieder: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport, HA Hessen Agentur GmbH, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Hessisches Kultusministerium, LAG Soziale Brennpunkte Hessen e.V., Hessisches Landeskriminalamt

2014 führte das Landeskriminalamt Hamburg, als verantwortliches KPK-Mitglied, drei Sitzungen der **KPK-Projektgruppe „Städtebau und Einbruchschutz“** durch. Das Hessische Landeskriminalamt war an allen Sitzungen beteiligt und unterstützte die Projektarbeit durch Zulieferung von Arbeitsaufträgen. Der von der Projektgruppe erarbeitete „Bericht zur Sachstandserhebung 2013“ und der dazu gefasste Beschluss der Kommission (KPK), TOP I/03.7 der 72. Arbeitstagung wurde durch die Projektleitung Polizeiliche Kriminalprävention (PL PK) zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der weitergehende Arbeitsauftrag der Projektgruppe ist es, ein aktuelles Informationsmedium zum Thema „Städtebauliche Kriminalprävention“ zu erarbeiten. Dieses soll im Rahmen des Internetauftrittes des ProPK (www.polizei-beratung.de) der Öffentlichkeit zeitnah zugänglich gemacht werden.

Bewertung/Erkenntnisse

Die Steigerung der Inanspruchnahme des polizeilichen Service der Beratungen zur Städtebaulichen Kriminalprävention setzt sich auf Grund der wachsenden Bekanntheit immer weiter fort. Immer mehr Kommunen erkennen, dass eine Beteiligung der Polizei schon in der Vorplanung von Projekten viele Vorteile birgt. Die Vorschläge der Polizei führen zu einer gesteigerten Attraktivität der Gebäude und des Wohnumfeldes, da häufig ohne großen finanziellen Mehraufwand schon im Vorfeld Maßnahmen durchgeführt werden können, um das subjektive Sicherheitsgefühl der zukünftigen Bewohner deutlich zu steigern.

Die Beraterinnen und Berater der Städtebaulichen Kriminalprävention sind aufgrund ihrer Polizeizugehörigkeit besonders geeignet, kriminalitätsmindernde Empfehlungen an private und öffentliche Bauträger zu geben. Nur fundierte und fortgesetzte Schulungen machen eine professionelle Beratung möglich und sind Voraussetzung für die Akzeptanz des polizeilichen Themas innerhalb der Polizei und bei externen Partnern.

Prognose/Ziele

Durch fortgesetzte Beteiligung an lokalen Projekten, wie „EinSicht – Marburg“ und „Schöne Aussichten – Forum für Frankfurt“ und die Kontaktpflege und Einbeziehung

von Bildungseinrichtungen (Universität Kassel, Studiengang Städtebau und Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt, Fachbereich Geowissenschaften/Geographie) werden die Bekanntheit der Städtebaulichen Kriminalprävention weiter ausgebaut, neue Impulse gesetzt und neue Erkenntnisse erlangt, die die Expertise für zukünftige Beratungen vergrößert.

Über das Referat Städtebau und Städtebauförderung im Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz werden in Zukunft die Standorte, die in die Förderung „Soziale Stadt“ aufgenommen werden, rechtzeitig kommuniziert, um eine frühzeitige Fachberatung durch die örtlich zuständigen Beraterinnen und Berater sicherzustellen.

Die Ergebnisse der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Städtebau und Kriminalprävention fließen in die Arbeit und in die Fortbildung unter Einbeziehung der Polizeiakademie Hessen ein.

Durch vermehrte Kontaktaufnahmen zu möglichen Adressaten im letzten Jahr wird mit einer steigenden Anzahl von Projektbewerbungen für das Gütesiegel „Sicher Wohnen in Hessen“ gerechnet.

2.7. Prävention Cybercrime

Entwicklung im vergangenen Jahr

Im Jahr 2014 nutzten 80% der in Deutschland lebenden Personen ab 10 Jahre das Internet. 63% der Internetnutzerinnen und Internetnutzer geht dabei ausschließlich oder zusätzlich über mobile Geräte online.⁸ Damit setzt sich die Entwicklung der letzten Jahre fort.

Auch im Jahr 2014 war es Aufgabe der Prävention Cybercrime, das Problembewusstsein der Internetnutzerinnen und Internetnutzer zu schärfen und sie durch verhaltensorientierte Hinweise effektiv vor den „Gefahren des Netzes“ zu schützen. Allgemein lässt sich jedoch feststellen, dass seitens der Bürgerinnen und Bürger noch immer ein mangelndes Gefahrenbewusstsein verbreitet ist und es

⁸ Quelle: Statistisches Bundesamt, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/ITNutzung/Aktuell_ITNutzung.html (zuletzt aufgerufen am 02.03.2015)

Cyberkriminellen daher immer wieder möglich ist, die „Schwachstelle Mensch“ für ihre Zwecke auszunutzen.

Schwerpunkte/Projekte

Ein Schwerpunkt der Prävention Cybercrime lag 2014 auf der Zielgruppe Kinder, Jugendliche und Heranwachsende, da bis zu 94% von diesen täglich das Internet nutzen. Ein weiterer Fokus lag auf den Internetnutzern über 65 Jahren. Besonders in dieser Gruppe, den sogenannten „Silversurfern“, kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer erneuten Steigerung der Nutzer auf nun 63%⁹. Die unterschiedlichen Lebenswelten dieser beiden Adressatenkreise erfordern einen ausdifferenzierten präventiven Ansatz, um diese thematisch und vor allem zielgruppenspezifisch optimal zu erreichen.

Durch mehrere Veranstaltungen hat die polizeiliche Präventionsarbeit diesen Erfordernissen Rechnung getragen. So wurden im Rahmen von Multiplikatorenschulungen in Darmstadt angehende Gymnasiallehrer zum Thema Cybercrime und den Chancen und Risiken sozialer Netzwerke fortgebildet. In Wiesbaden konnte eine Veranstaltung für Eltern zum Thema „Sicherheit bzw. Gefahren bei mobilen Endgeräten“ angeboten werden. In der Gruppe der Internetnutzer über 65 Jahren konnte in Kooperation mit den Seniorenvereinigungen im Bereich der Polizeipräsidien Westhessen und Südhessen effektiv über die Gefahren im Internet aufgeklärt werden.

Im Bereich der Kinder, Jugendlichen und Heranwachsenden wurde sich hierbei auf den Themenkomplex Risiken der sozialen Medien, insbesondere Cybermobbing, Cyber-Grooming oder Identitätsdiebstahl sowie den Problematiken von Persönlichkeits- und Urheberrechtsverletzungen konzentriert. Leider musste festgestellt werden, dass dieser Gruppe, aber auch Eltern und Lehrern, die Gefahren bei der Nutzung von mobilen Endgeräten mit Diensten wie WhatsApp, Instagram oder Snapchat nicht hinreichend bewusst sind. Hier können z. B. Gruppenchats bei WhatsApp problematisch werden, wenn diese als sogenannte „Hassgruppen“ nur für

⁹ Quelle: Statistisches Bundesamt, https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/ITNutzung/Tabellen/NutzungInternetAlter_IKT.html (zuletzt aufgerufen am 02.03.2015)

Mobbingattacken gegründet werden oder jugendliche Nutzer unüberlegt private Bilder teilen.

Im Bereich der Nutzerinnen und Nutzern in der Altersgruppe über 65 Jahren dominierten die Themen Internetbetrug, Phishing, sicheres Einkaufen im Internet und der Schutz vor Schadsoftware.

Bewertung/Erkenntnisse

Auch für das Jahr 2014 gilt, dass sich Cyberkriminelle immer stärker professionalisieren und durch kreatives Vorgehen flexibel auf die Initiativen der Polizei reagieren, um diese zu unterlaufen und auch weiterhin ihren Opfern schaden zu können. Um hier der wachsenden gesellschaftlichen Bedeutung der Internetkriminalität begegnen zu können, führt daher kein Weg an einer interdisziplinären Kooperation mit anderen öffentlichen Akteuren, wie Verbraucherzentralen, Schulen oder Seniorenvereinen vorbei. Gleichzeitig wächst auch die Relevanz der Schnittmengen zur Jugend- und Seniorenprävention, da es hier gilt, gemeinsam auf neue Kriminalitätsphänomene zu reagieren.

Prognose/Ziele

Als Ausblick für das Jahr 2015 ist absehbar, dass sich der Trend hin zu mobilen Endgeräten weiter verstärken wird. Dieser Umstand gestaltet sich insbesondere im Hinblick auf eine zunehmende Nutzung von sensiblen Angeboten wie Onlinebanking problematisch. Neben der ständigen Aktualisierung von Warnhinweisen über die neuesten Phänomene und Entwicklungen im Bereich der Internetkriminalität wird daher die altersunabhängige Sensibilisierung für einen sicheren Umgang mit mobilen Endgeräten einen Schwerpunkt für die präventive Arbeit der nächsten Jahre bilden.

Hinsichtlich der praktischen Umsetzung muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass es nicht in den Bereich präventiv polizeilicher Arbeit fällt, allgemeine Medienkompetenz zu vermitteln. Diese Aufgabe ist den primären Erziehungsinstanzen sowie den einzelnen Nutzerinnen und Nutzern selbst zugewiesen. Die Polizei ergänzt diese Arbeit auf dem Gebiet der Kriminalitätsvorbeugung durch die Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit und Multiplikatorenschulung, durch Vorträge und die Beantwortung von Bürgeranfragen

in Verbindung mit dem Ausbau der Vernetzung zwischen den Polizeidienststellen und anderen Einrichtungen im gesamten Bundesgebiet.

Hier gilt es auch weiterhin, gemeinsam durch gezielte Aufklärung und Information das Gefahrenbewusstsein der Internetnutzerinnen und -nutzer zu stärken.

2.8. Migration

Die gesellschaftliche Diversifizierung schreitet voran. Hierdurch ist erkennbar, dass die grundlegende Auseinandersetzung der hessischen Polizei mit einer vielfältigen Gesellschaft notwendig ist. Hierbei nehmen die Migrationsbeauftragten der hessischen Polizei eine wesentliche Rolle als Schnittstelle zu jeglichen Themen der Fragen der Sicherheit und den Interessen von Bürgern mit Migrationshintergrund in der Kommunikation zwischen Bürger und Polizei ein.

Es ist festzustellen, dass eine Polarisierung zu Themen der Integration und Migration innerhalb der Gesellschaft zunimmt. Hierbei werden insbesondere die extremen Ränder auffälliger. Im vergangenen Jahr kam es aufgrund internationaler Kriegereignisse zu mehrfachen Auseinandersetzungen innerhalb der Gesellschaft, die in Demonstrationen ihren Ausdruck fanden.

Hierunter fallen antisemitische Parolen in Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg, die Hogesa-Gewaltausschreitungen oder auch die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Jesiden und Salafisten in Deutschland.

Besondere Aufgabenschwerpunkte bilden in der Arbeit der Migrationsbeauftragten der Dialog mit Muslimen und Migranten sowie die Kriseninterventionen. Im Rahmen des Auftrags des Dialogs werden beispielsweise Informationen zu den Aufgaben der Polizei dargestellt und Präventionsgespräche geführt. Im Rahmen der Kriseninterventionen ist besondere Kultursensibilität in der Kommunikation mit Migranten gefordert, die sich in schweren und bedrohlichen Situationen befinden. Die Arbeitsbelastung und Herausforderung durch die Kriseninterventionen ist hoch. In 2014 intervenierten die Migrationsbeauftragten in ca. 280 Fällen.

Gesellschaftlicher Wandel und mit ihr einhergehende Problemstellungen bedürfen neuer Herangehensweisen und neuer Kompetenzen. Daher bietet die Perspektiv-erweiterung durch interkulturelle Kompetenz einen Mehrwert für die Polizeiarbeit. Die Polizeiakademie Hessen führt derzeit eine Fortbildung zum interkulturellen Trainer durch, an dem Migrationsbeauftragte als Zielgruppe teilnehmen. Das Seminar zum interkulturellen Trainer wird 2015 fortgeführt.

2.9. Netzwerk gegen Gewalt

Das Netzwerk gegen Gewalt versteht Gewaltprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Getragen wird es vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, vom Hessischen Kultusministerium, vom Hessischen Sozialministerium und vom Hessischen Ministerium der Justiz. Es will Beiträge zur Intensivierung der Kooperation aller in der Gewaltprävention tätigen Akteure leisten.

Organisation und Personalia

Das strategische Steuerungsinstrument des Netzwerks gegen Gewalt ist die ressortübergreifend besetzte Lenkungsgruppe. Ihr gehört je eine Vertreterin/ein Vertreter der das Netzwerk gegen Gewalt tragenden Ministerien an.

Die Zentrale Geschäftsstelle des Netzwerks gegen Gewalt steuert die operative Tätigkeit des Netzwerks gegen Gewalt, koordiniert die Maßnahmen der Regionalen Geschäftsstellen und übt die Fachaufsicht über diese aus. Die zentrale Geschäftsführung wird durch je eine Vertreterin/einen Vertreter des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport sowie des Hessischen Kultusministeriums wahrgenommen. Der Geschäftsführer des Innenressorts wechselte 2014 in eine andere Funktion. Die Stelle konnte 2014 noch nicht wieder besetzt werden.

Neben den sieben Regionalen Geschäftsstellen besteht seit April 2011 eine Regionalstelle im Rheingau-Taunus-Kreis und seit November 2013 eine Regionalstelle im Kreis Bergstraße.

Zentrale Aktivitäten, Programme und Projekte Prävention im Team (PiT-Hessen)

Das Gewaltpräventionsprogramm für weiterführende Schulen, PiT-Hessen, wurde im Schuljahr 2013/2014 an 101 Schulen angeboten. Zum Schuljahr 2014/15 begannen drei weitere Schulen mit dem PiT-Programm, zwei PiT-Schulen starteten ein zweites PiT-Team. Das PiT-Programm hat eine eigene Programmleitung, die vom Hessischen Kultusministerium abgeordnet und an die Zentrale Geschäftsstelle angegliedert ist. Ein Kooperationsvertrag zwischen den Ressorts Innen, Kultus und Soziales regelt die Aufgaben der verantwortlichen Ministerien im Programm PiT-Hessen.

Gewalt – Sehen – Helfen

Das Programm „Gewalt – Sehen – Helfen“ wird seitens des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport den Landkreisen und Kommunen in Hessen angeboten. Insgesamt beteiligen sich 19 Kommunen und Landkreise an diesem Programm.

Medienkompetenz für Erwachsene

Mit der Bildung regionaler Netzwerkknoten wurde 2014 in den Regionalen Geschäftsstellen begonnen. Verbesserung der Kooperation der regionalen Akteure im Bereich Medienkompetenz und eine Optimierung der Wirksamkeit der Maßnahmen sind Hauptziele der Netzwerkknoten.

Gewalt im Namen der Ehre

Die Weiterführung dieses Themas erfolgte in der Hauptsache durch regionale Schwerpunktsetzung. Hierzu gehörten in zwei Regionalen Geschäftsstellen auch die ersten Planungsschritte zur Umsetzung des Berliner Gleichstellungsprojektes „HEROES“ als Pilot.

Mit der Arbeit einer aktualisierten Neuauflage der Broschüre „Gewalt im Namen der Ehre“ wurde 2014 begonnen.

Mobbing

Die Nachfrage an der Informationsbroschüre des Netzwerks gegen Gewalt „Mobbing – Ein Wegweiser zur Mobbingprävention und Mobbingintervention in Hessen“ war auch 2014 sehr groß. Die bereits Ende 2013 erschienene zweite Auflage in Höhe von 10.000 Exemplaren ist fast vergriffen.

Eine Arbeitsgruppe erarbeitet derzeit ein Konzept zur Optimierung des Präventionsangebotes im Bereich Mobbing in Hessen und erstellt eine aktualisierte Neuauflage der Broschüre „Mobbing – Ein Wegweiser zur Mobbingprävention und Mobbingintervention in Hessen“.

Qualität von Präventionsprogrammen

Das Netzwerk gegen Gewalt will bei der Suche und Auswahl geeigneter Gewaltpräventionsprogramme Hilfestellung leisten. Auf der Homepage des Netzwerks ist ein Fragenkatalog abrufbar, der Verantwortlichen Hilfe und Orientierung bietet.

Öffentlichkeitsarbeit

Ein Schwerpunkt öffentlicher Kommunikation ist die Internetseite des Netzwerks gegen Gewalt. Der Präventionsatlas Hessen wurde auch 2014 durch die Regionalen Geschäftsstellen weiter ausgebaut und aktualisiert.

Deutscher Präventionstag

Das Netzwerk gegen Gewalt war auf dem 19. Deutschen Präventionstag in Karlsruhe vertreten, präsentierte das Projekt „Digitale Helden“ sowie allgemeine Informationen zu den Aktivitäten des Netzwerks gegen Gewalt.

Kooperationen von besonderer Bedeutung

Die Zusammenarbeit mit dem Projekt des Hessischen Kultusministeriums „Gewaltprävention und Demokratielernen“ (GuD) wurde fortgeführt.

2.10. Freiwilliger Polizeidienst

Der Freiwillige Polizeidienst wurde seit Abschluss der überaus positiv verlaufenen Pilotphase im Dezember 2001 auf der Grundlage so genannter Koordinationsverträge bei hessischen Städten und Gemeinden intensiv ausgebaut.

Im Jahr 2014 beteiligten sich insgesamt 96 Kommunen am Freiwilligen Polizeidienst mit rund 620 (Anzahl nach Abschluss der Verträge) Polizeihelferinnen und Polizeihelfern. Der Freiwillige Polizeidienst in Städten, Gemeinden und auf

Landkreisebene hat sich als eine sinnvolle und wirksame Präventionsmaßnahme zur Erhöhung der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger erwiesen.

Aufgrund der positiven Erfahrungen der Kommunen und der Polizei mit dem Einsatz der freiwilligen Polizeihelferinnen und Polizeihelfer sowie der positiven Resonanz aus der Bevölkerung wird der Freiwillige Polizeidienst in Hessen auch in 2015 – u. a. im Rahmen der Interkommunalen Zusammenarbeit - weiter ausgebaut. So plant auch die Stadt Gelnhausen und die Gemeinden Brachtal und Linsengericht (Main-Kinzig-Kreis) noch in diesem Jahr, dem Modell mit beizutreten.

3. Bewertung, Prognose und Ausblick für 2015

Die Beratung zum Einbruchschutz bleibt ein Präventionsschwerpunkt, um dem bundesweiten Trend einer signifikanten Fallzahlensteigerung in Hessen weiterhin erfolgreich entgegen zu wirken. Um den zeitlichen Verzug bis zu einer objektbezogenen Beratung so gering wie möglich zu halten, werden IT-gestützte Optionen geprüft, die die sicherungstechnische Beratung zukunftsorientiert und innovativ optimieren sollen.

Unter Berücksichtigung des demografischen Wandels ergeben sich bei der Generation 65+ weitere polizeiliche Betätigungsfelder. Das Pilotprojekt des PP Mittelhessen "MAXimal mobil bleiben – mit Verantwortung" wird hessenweit umgesetzt und anlässlich des Deutschen Präventionstages mit weiteren Beiträgen zur Sicherheit älterer Menschen vorgestellt. Erstmals wird sich die hessische Polizei mit zielgruppenspezifischen Präventionsthemen auch anlässlich des Deutschen Seniorentages in Frankfurt am Main präsentieren.

Die Umsetzung der Rahmenkonzeption Opferschutz der hessischen Polizei sowie die kommende Gesetzesnovellierung zur Umsetzung der EU-Richtlinie über Mindeststandards im Opferschutz machen u. a. intensive Schulungen der polizeilichen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter erforderlich.

Um den Bekanntheitsgrad der Informationsmaterialien des Programms Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) bei den Dienststellen zu steigern und den Informationsfluss zwischen den Dienststellen und der Fachebene zu optimieren, wurden ProPK-Ansprechpartner bei den Polizeipräsidien benannt. Diese werden sukzessive beschult und fortgebildet. Regelmäßige Besprechungen mit den Ansprechpartnern sollen den Bedarf und den Nutzen der bundesweiten Präventionsmaterialien erheben und damit langfristig auch eine Qualitätssteigerung der Medien bewirken.

Eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Hessischen Landeskriminalamt und der hessenARCHÄOLOGIE (Fachbehörde der archäologischen und paläontologischen Bodendenkmalpflege in Hessen) wird Raubgrabungen und ihre

Folgen sowie den illegalen Handel mit Kulturgütern stärker in den Fokus aller Verantwortlichen rücken.

Auf Initiative der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) werden die Unfallverhütungsvorschriften überarbeitet und in eine neue Vorschrift „Überfallprävention“ aufgenommen, die sich aus den bestehenden Vorschriften „Spielhallen, Spielcasinos und Automatensäle von Spielbanken“ und „Umgang mit Zahlungsmitteln in Verkaufsstellen“ zusammensetzt. Die Polizei ist durch das Hessische Landeskriminalamt vertreten, die das Aufgabengebiet „Bankenschutz“ in der Kommission Polizeiliche Kriminalprävention (KPK) bundesweit federführend betreut.

4. Anlagen

4.1. Kennzahlen

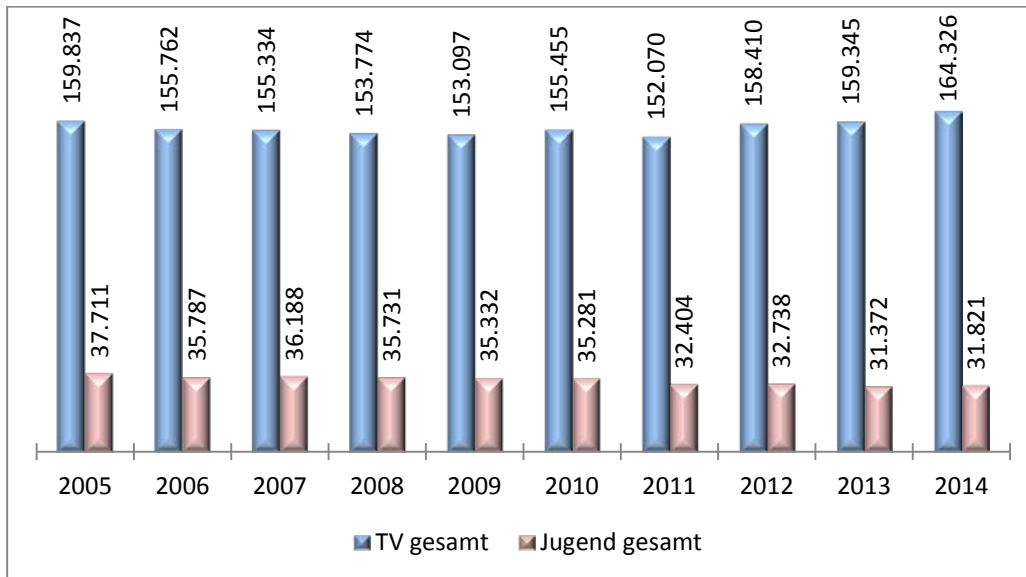
Nr.	Frage	Gesamt 2013	Gesamt 2014
1	Anzahl der Mitarbeiter, die ausschließlich im Präventionsbereich tätig sind (z.B. E4, JuKo, JVS, SvO, MiB, OS, z.B. nicht: Seniorenberater) -> alle weiteren Erhebungen beziehen sich ausschließlich auf Aktivitäten dieser MA!!!! *geänderte Erfassung	262	260
2	Anzahl der durchgeführten Präventions-Seminare und Fachtagungen (i.d.R. externe oder interne Wissensvermittlung und interaktive Übungen, außerhalb von Schulen)	596	582
2a	Anzahl der Teilnehmer/-innen an den o.a. Präventions-Seminaren/Fachtagungen	13.019	13.426
3	Anzahl der Vorträge/Referate zu Präventionsthemen außerhalb von Schulen	1.375	1.591
3a	Anzahl der Teilnehmer/-innen an Vorträgen/Referaten außerhalb von Schulen	34.526	37.034
4	Anzahl der Vorträge/Referate zu Präventionsthemen an Schulen (z.B. Elternabende, pädagog. Tage, Projekttag)	2.056	1.143
4a	Anzahl der Teilnehmer/-innen an Vorträgen/Referaten an Schulen	40.004	38.834
5	Anzahl der durchgeführten Präventions-Aktionen (i.d.R. Ausstellungen, Messen, Sportveranstaltungen in Kooperation mit Externen)	584	356
6	Anzahl der in den Jugendverkehrsschulen ausgebildeten Schüler/-innen im beendeten Schuljahr	53.448	43.517
7	Anzahl der qualifizierten Objektberatungen (i.d.R. mit Objektbegehung, schriftl. oder mdl. Sicherungsempfehlungen, Dokumentation)	6.365	7.540
8	Anzahl der neu verliehenen SIWO-Gütesiegel	0	2
8a	Anzahl der Wohneinheiten	0	68
9	Anzahl der qualifizierten Verhaltensberatungen (individueller Sachverhalt, persönliche und einzelfallorientierte Beratung, Dokumentation)	4.422	6.022
10	Anzahl der Maßnahmen zur Förderung des Dialogs mit Muslimen (MIB) (i.d.R. Vorträge, Schulungen, Einzelberatungen, Kriseninterventionen im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Dialog mit Muslimen)	550	750
11	Anzahl der schriftlichen Stellungnahmen zu Planungsvorhaben	4.466	5.604
11a	a) Verkehrs-Prävention/-Sicherheit (z.B. Straßenplanung o.ä.)	4.392	5.511
11b	b) städtebauliche Kriminalprävention (z.B. Bauleitplanung o.ä., nicht: Einzelobjekte)	74	93
12	Anzahl der versuchten ED in / aus Wohnungen (aus PKS; nur HLKA)	4.511	4.654

Nr.	Frage	Gesamt2013	Gesamt2014
1	Anzahl der Netzwerkpartner/-mitglieder (i.d.R. Kooperationspartner mit mehrfachen Kontakten)	223	230
2	Anzahl der NgG Außenstellen	8	9
3	Anzahl der im Präventionsatlas Hessen verzeichneten Präventionsprojekte	1767	1767
4	Anzahl der durchgeführten Fachtagungen	31	11
5	Zahl der Teilnehmer bei den durchgeführten Fachtagungen	5.657	1.581
6	Anzahl der durchgeführten Präventions- Seminare (z.B. GSH, PiT, IMC)	333	449
7	Zahl der Teilnehmer bei den durchgeführten Präventions-Seminare	3.802	9.319
8	Anzahl der durchgeführten Präventions- Aktionen (i.d.R. Veranstaltungen, Messen o.ä.)	41	18

4.2. Tabellen Jugendkriminalität

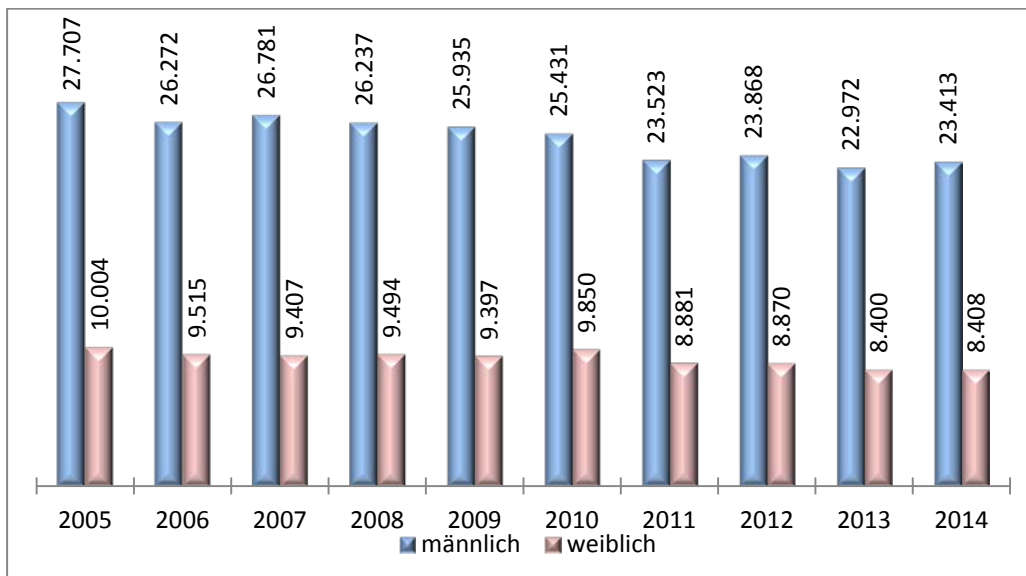
4.2.1. Jugendkriminalität geschlechtsspezifische Entwicklungen

TV GESAMT im Bezug zu TV-Jugend (8 < 21 Jahre)



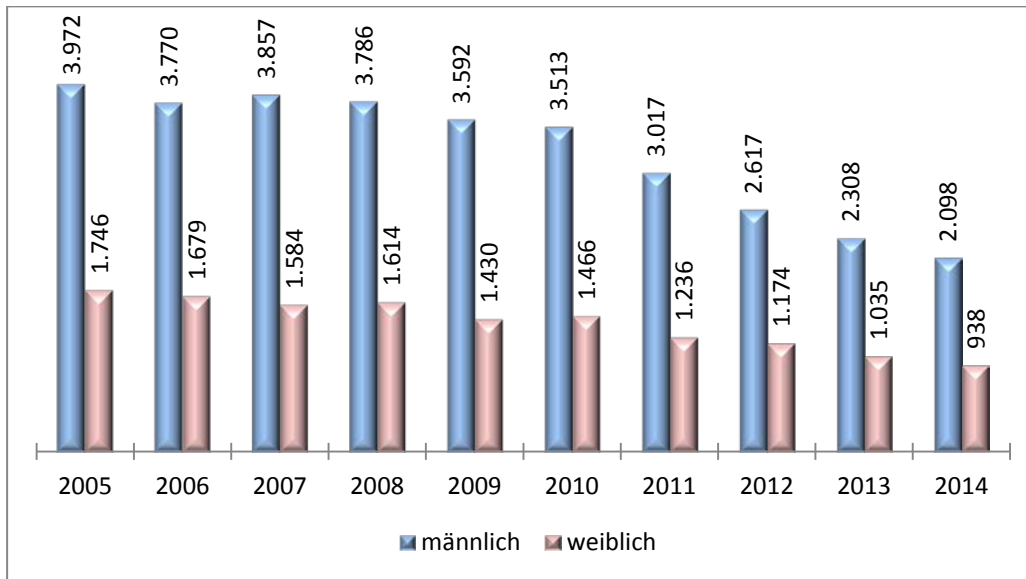
Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
TV gesamt	159.837	155.762	155.334	153.774	153.097	155.455	152.070	158.410	159.345	164.326
Jugend gesamt	37.711	35.787	36.188	35.731	35.332	35.281	32.404	32.738	31.372	31.821
Anteil in %	23,6%	23,0%	23,3%	23,2%	23,1%	22,7%	21,3%	20,7%	19,7%	19,4%

TV GESAMT (8 < 21 Jahre)



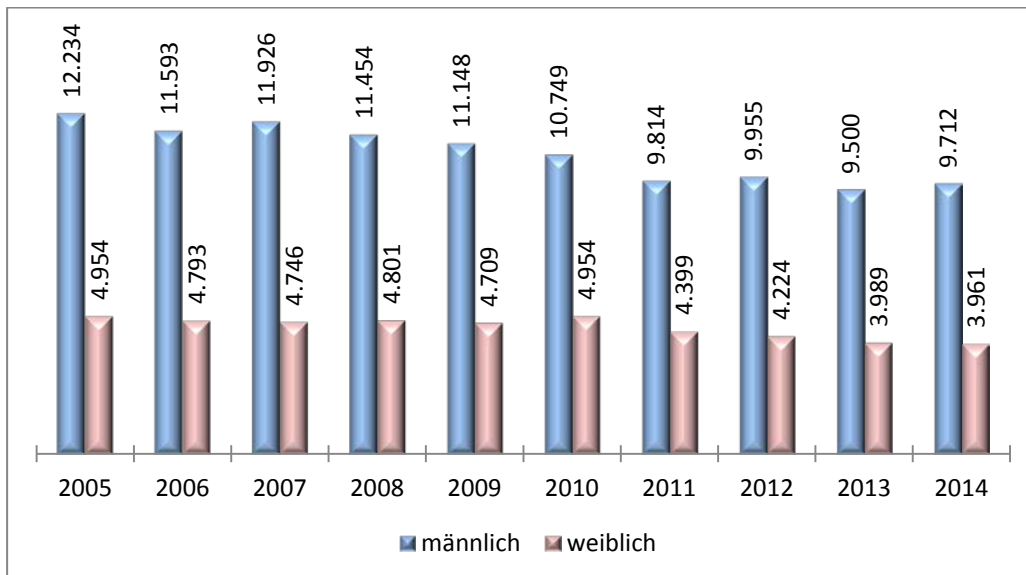
Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Jugend gesamt	37.711	35.787	36.188	35.731	35.332	35.281	32.404	32.738	31.372	31.821
männlich	27.707	26.272	26.781	26.237	25.935	25.431	23.523	23.868	22.972	23.413
Anteil in %	73,5%	73,4%	74,0%	73,4%	73,4%	72,1%	72,6%	72,9%	73,2%	73,6%
weiblich	10.004	9.515	9.407	9.494	9.397	9.850	8.881	8.870	8.400	8.408
Anteil in %	26,5%	26,6%	26,0%	26,6%	26,6%	27,9%	27,4%	27,1%	26,8%	26,4%

TV KINDER (8 < 14 Jahre)



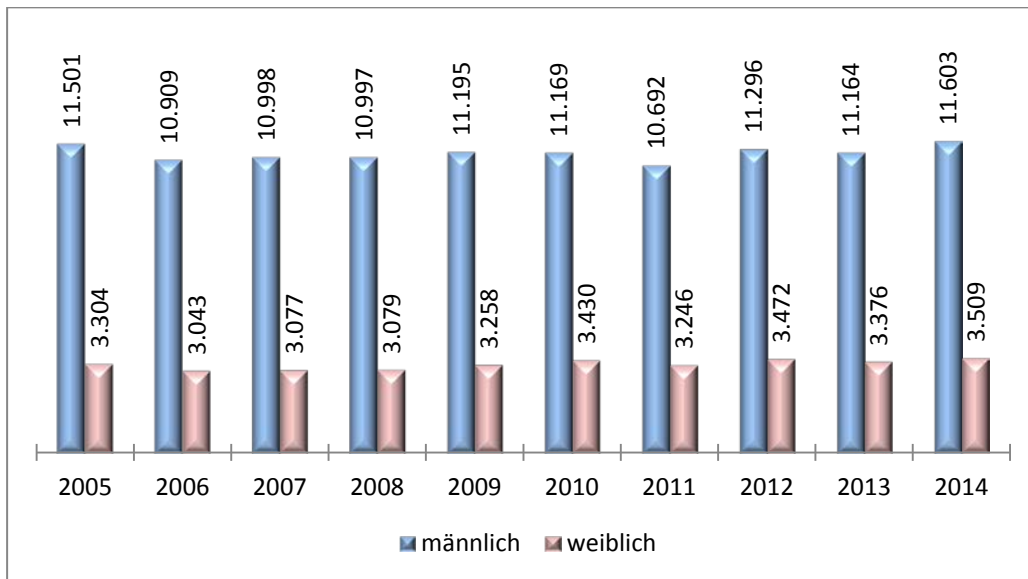
Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Kinder	5.718	5.449	5.441	5.400	5.022	4.979	4.253	3.791	3.343	3.036
männlich	3.972	3.770	3.857	3.786	3.592	3.513	3.017	2.617	2.308	2.098
Anteil in %	69,5%	69,2%	70,9%	70,1%	71,5%	70,6%	70,9%	69,0%	69,0%	69,1%
weiblich	1.746	1.679	1.584	1.614	1.430	1.466	1.236	1.174	1.035	938
Anteil in %	30,5%	30,8%	29,1%	29,9%	28,5%	29,4%	29,1%	31,0%	31,0%	30,9%

TV JUGENDLICHE (14 < 18 Jahre)



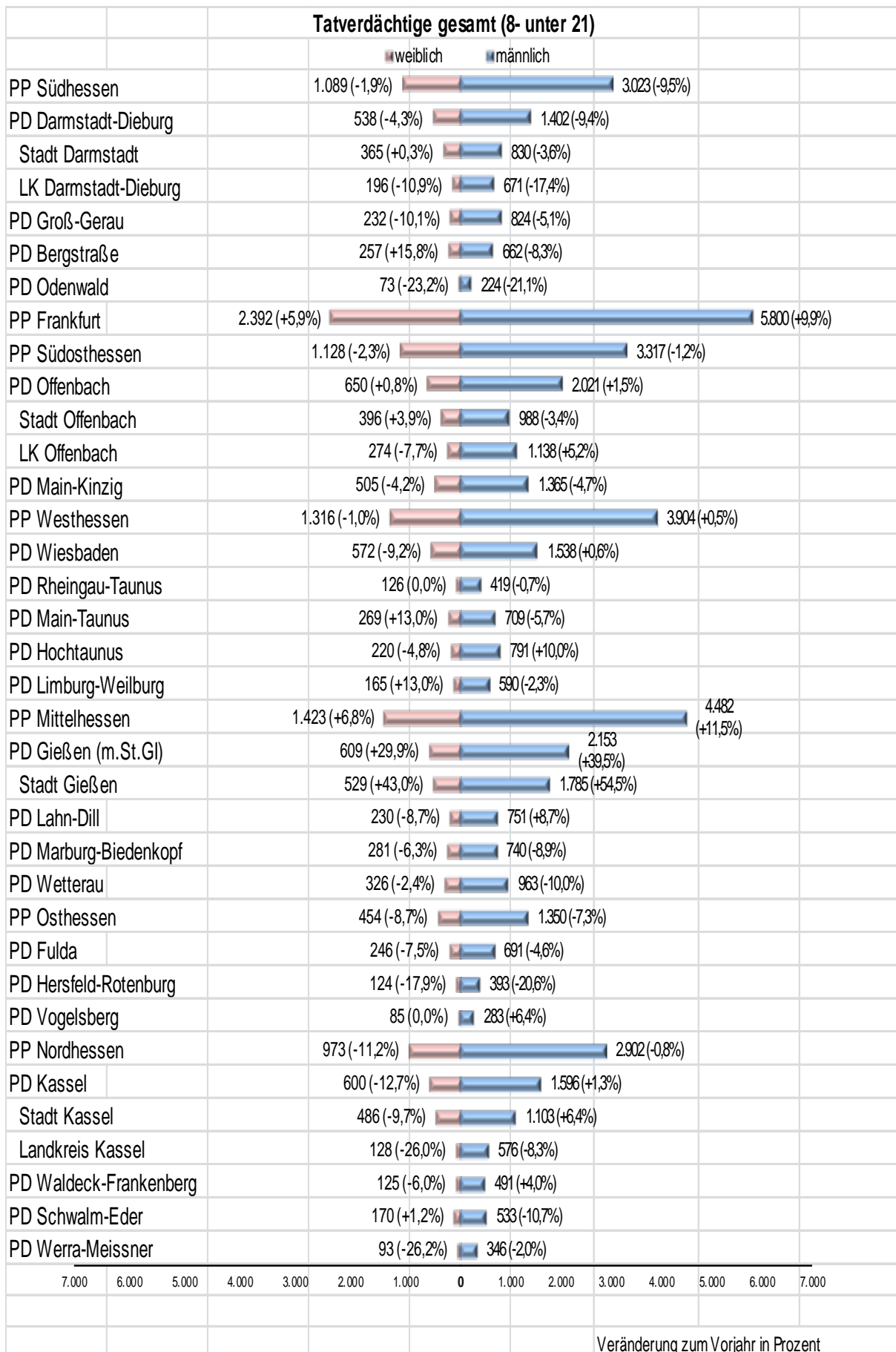
Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Jugendliche	17.188	16.386	16.672	16.255	15.857	15.703	14.213	14.179	13.489	13.673
männlich	12.234	11.593	11.926	11.454	11.148	10.749	9.814	9.955	9.500	9.712
Anteil in %	71,2%	70,7%	71,5%	70,5%	70,3%	68,5%	69,0%	70,2%	70,4%	71,0%
weiblich	4.954	4.793	4.746	4.801	4.709	4.954	4.399	4.224	3.989	3.961
Anteil in %	28,8%	29,3%	28,5%	29,5%	29,7%	31,5%	31,0%	29,8%	29,6%	29,0%

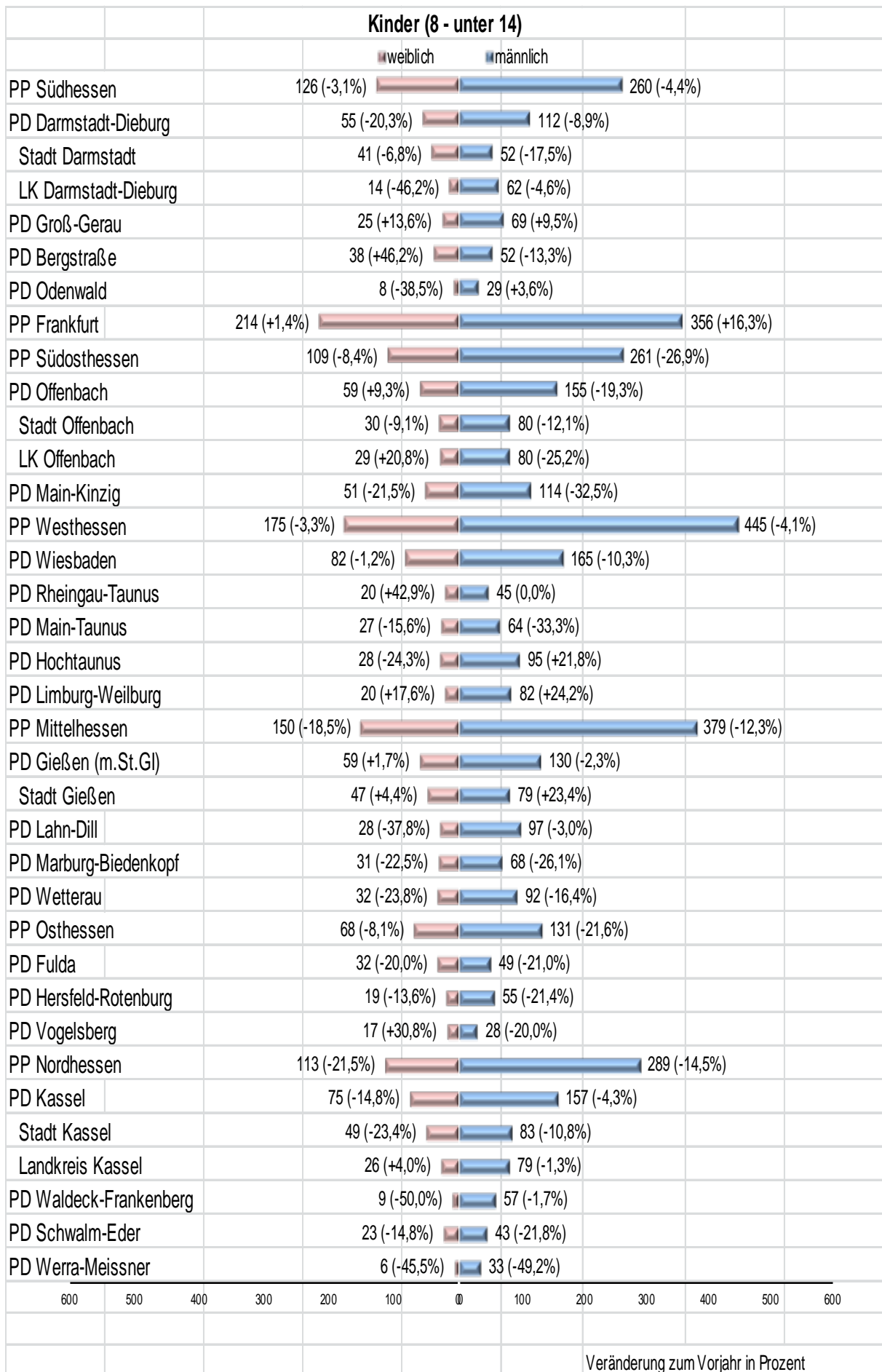
TV HERANWACHSENDE (18 < 21 Jahre)

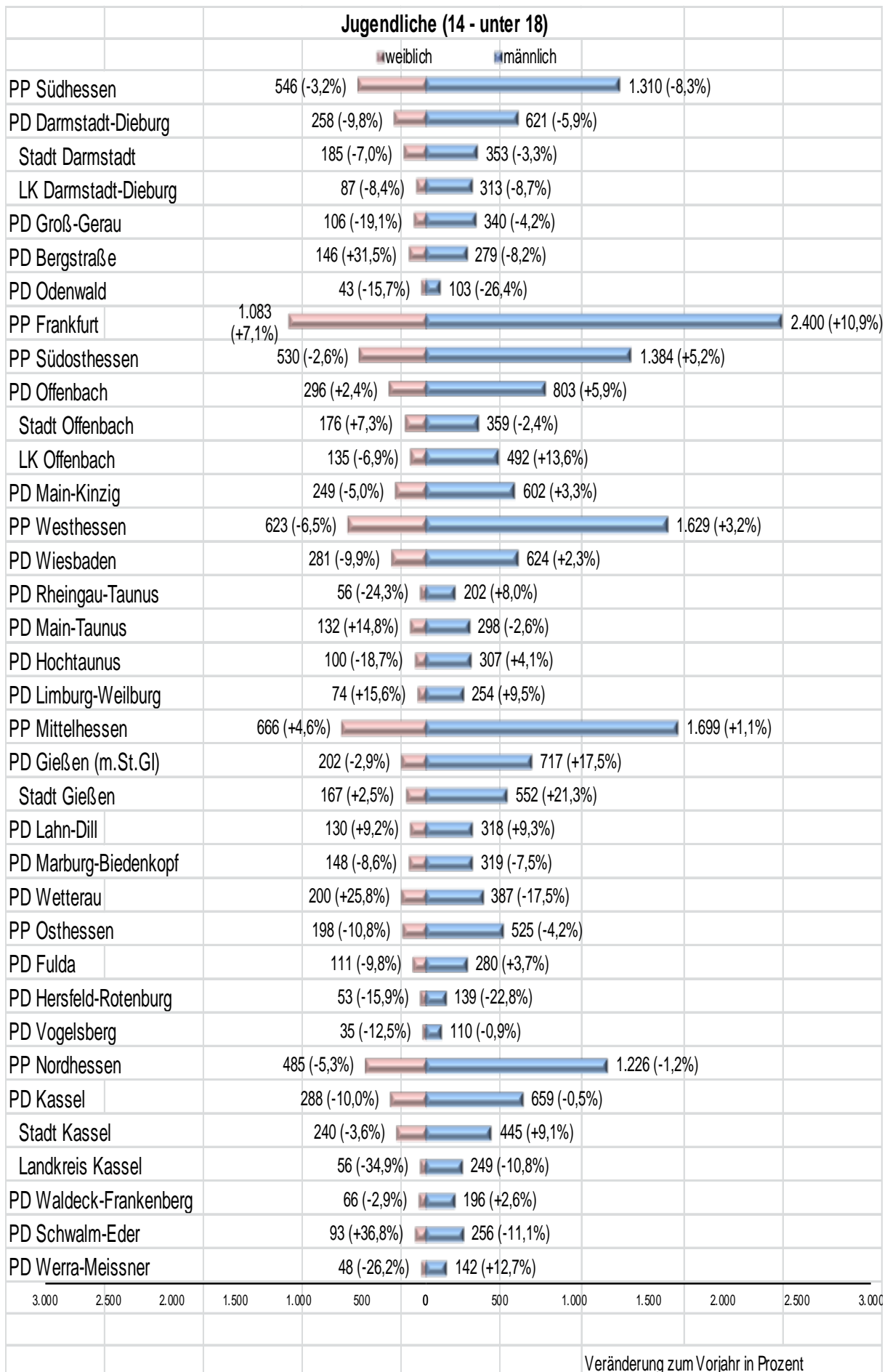


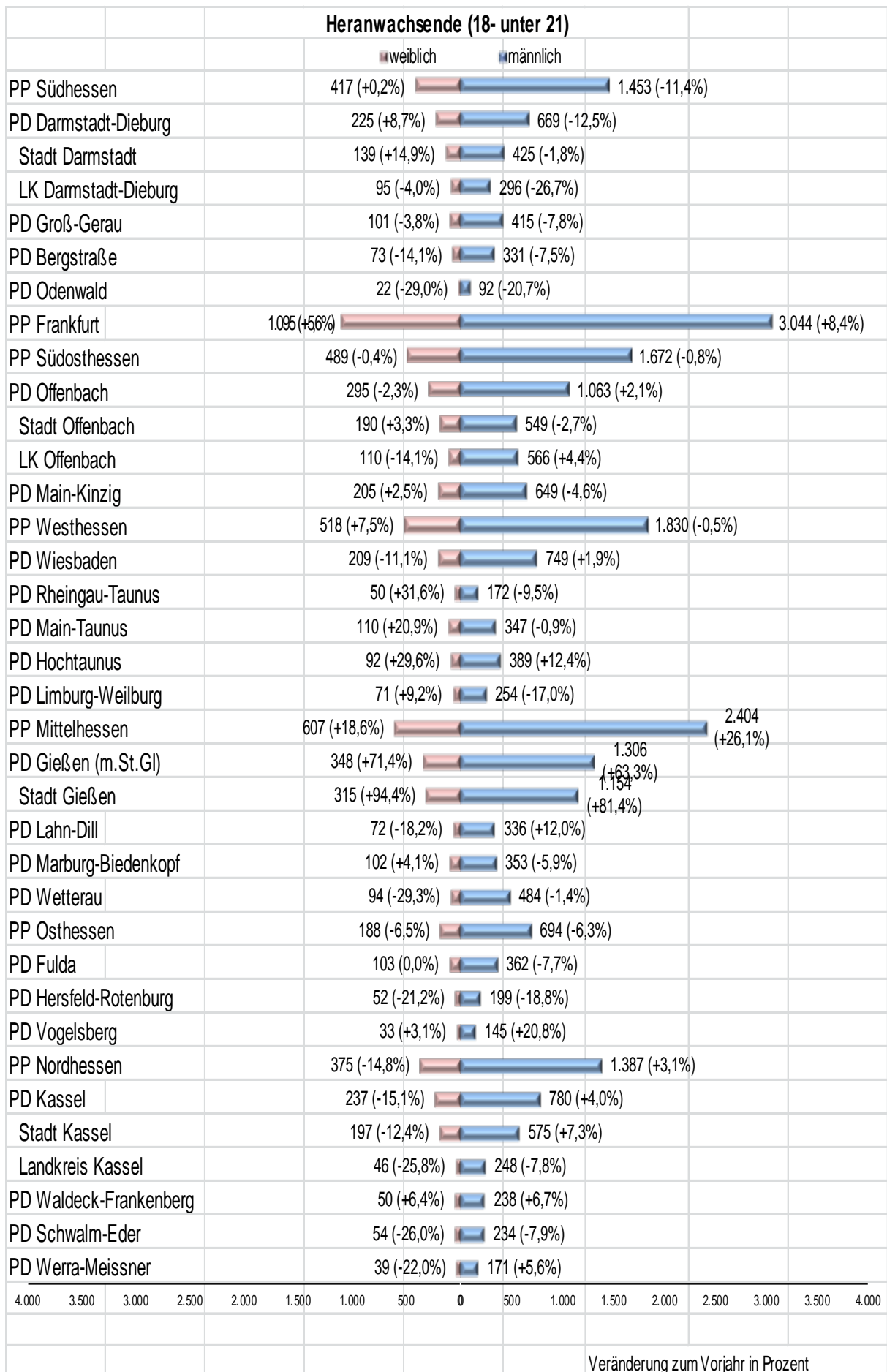
Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Heranwachsende	14.805	13.952	14.075	14.076	14.453	14.599	13.938	14.768	14.540	15.112
männlich	11.501	10.909	10.998	10.997	11.195	11.169	10.692	11.296	11.164	11.603
Anteil in %	77,7%	78,2%	78,1%	78,1%	77,5%	76,5%	76,7%	76,5%	76,8%	76,8%
weiblich	3.304	3.043	3.077	3.079	3.258	3.430	3.246	3.472	3.376	3.509
Anteil in %	22,3%	21,8%	21,9%	21,9%	22,5%	23,5%	23,3%	23,5%	23,2%	23,2%

4.2.2 Regionale Kriminalitätsbelastung



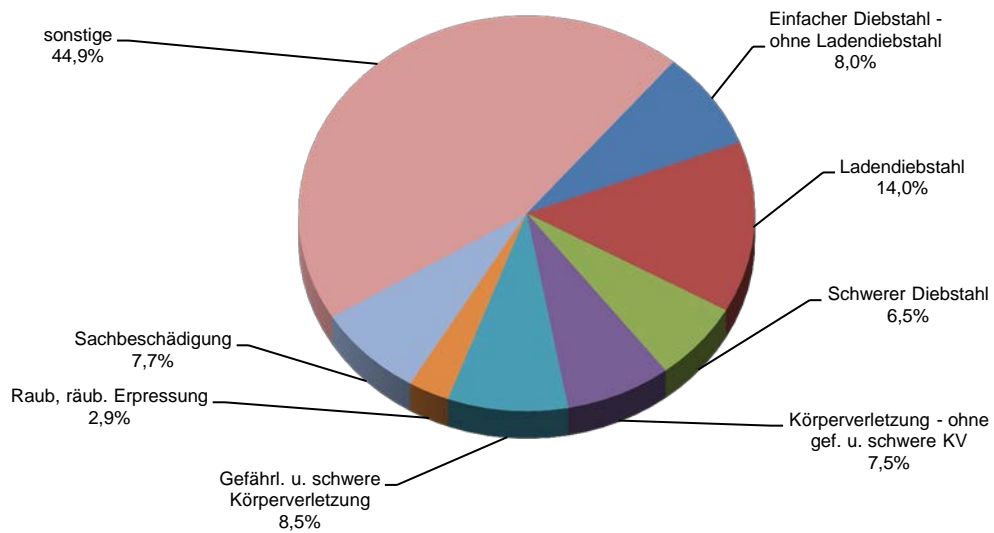




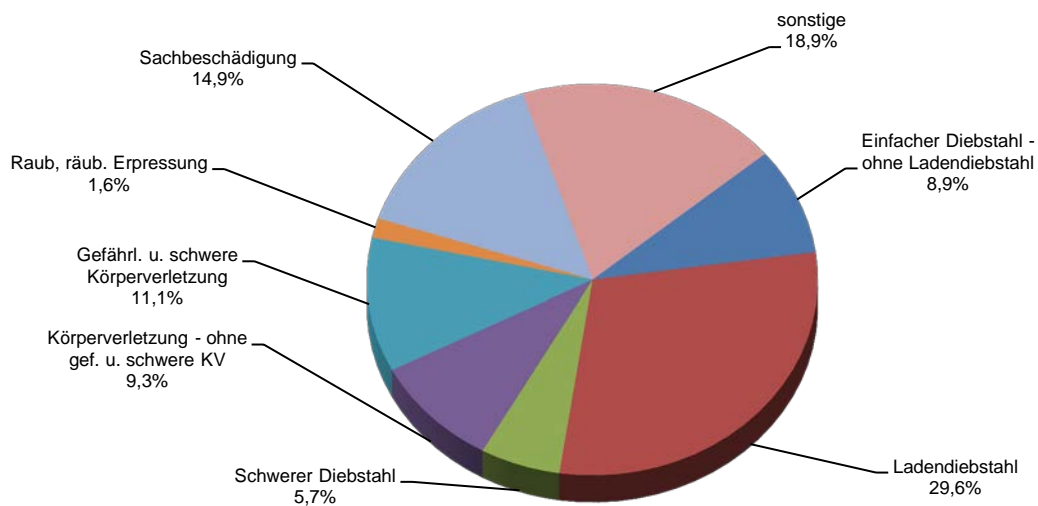


4.2.3 Jugendrelevante Kriminalitätsformen

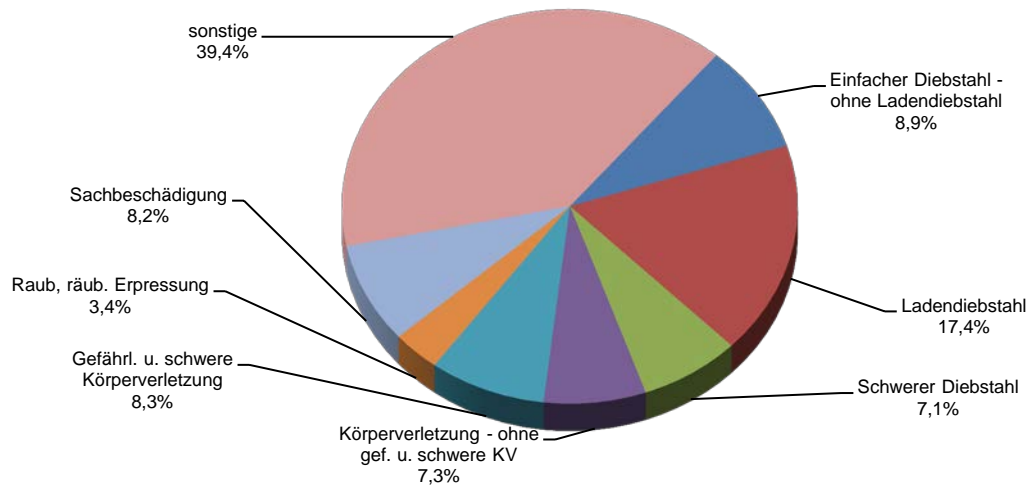
Tatverdächtige - 8 bis unter 21 Jahre - Anteil in einzelnen Deliktsbereichen



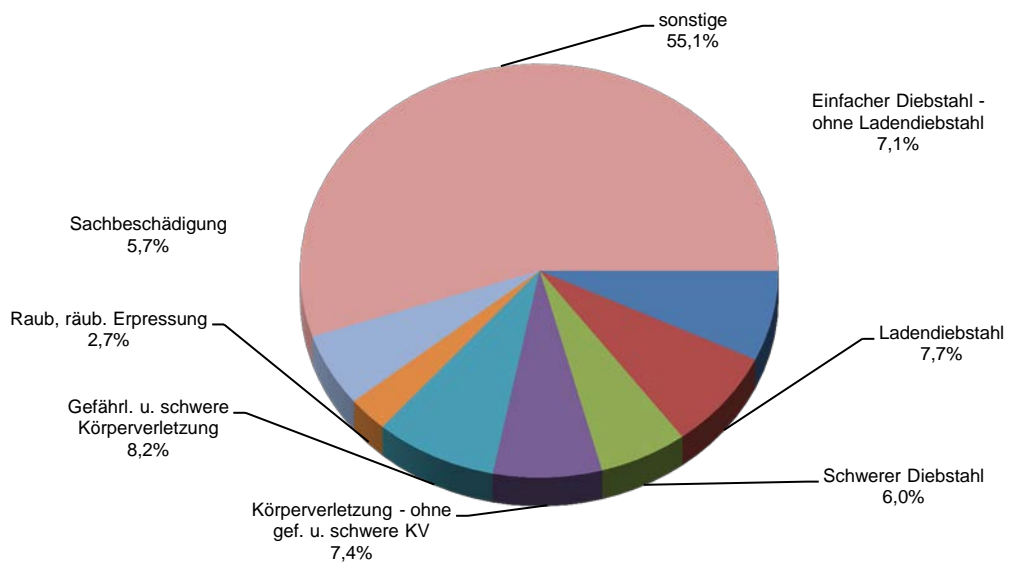
Tatverdächtige - Kinder (8 bis unter 14 Jahre) - Anteil in einzelnen Deliktsbereichen



Tatverdächtige - Jugendliche (14 bis unter 18 Jahre) - Anteil in einzelnen Deliktsbereichen

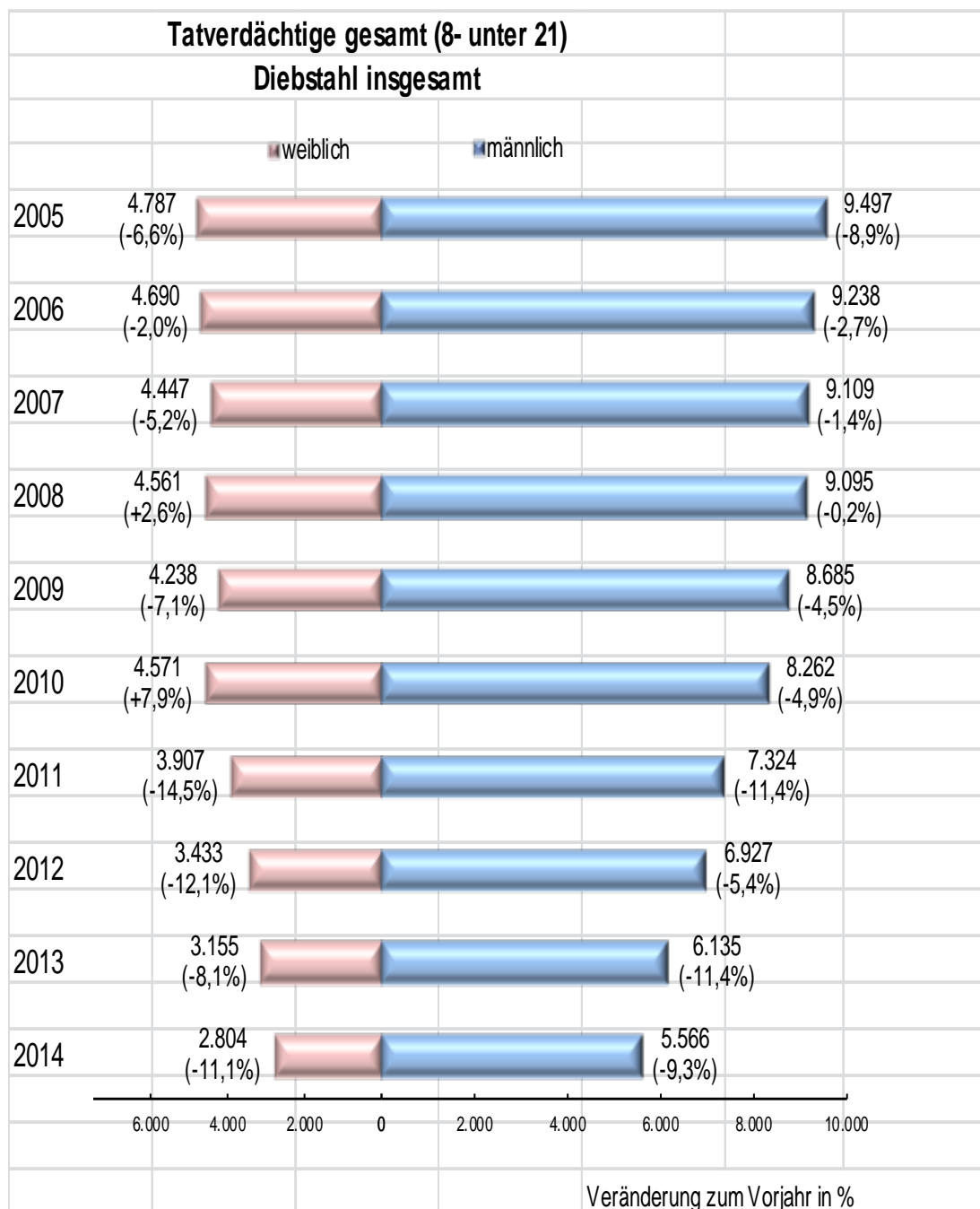


Tatverdächtige - Heranwachsende (18 bis unter 21 Jahre) - Anteil in einzelnen Deliktsbereichen

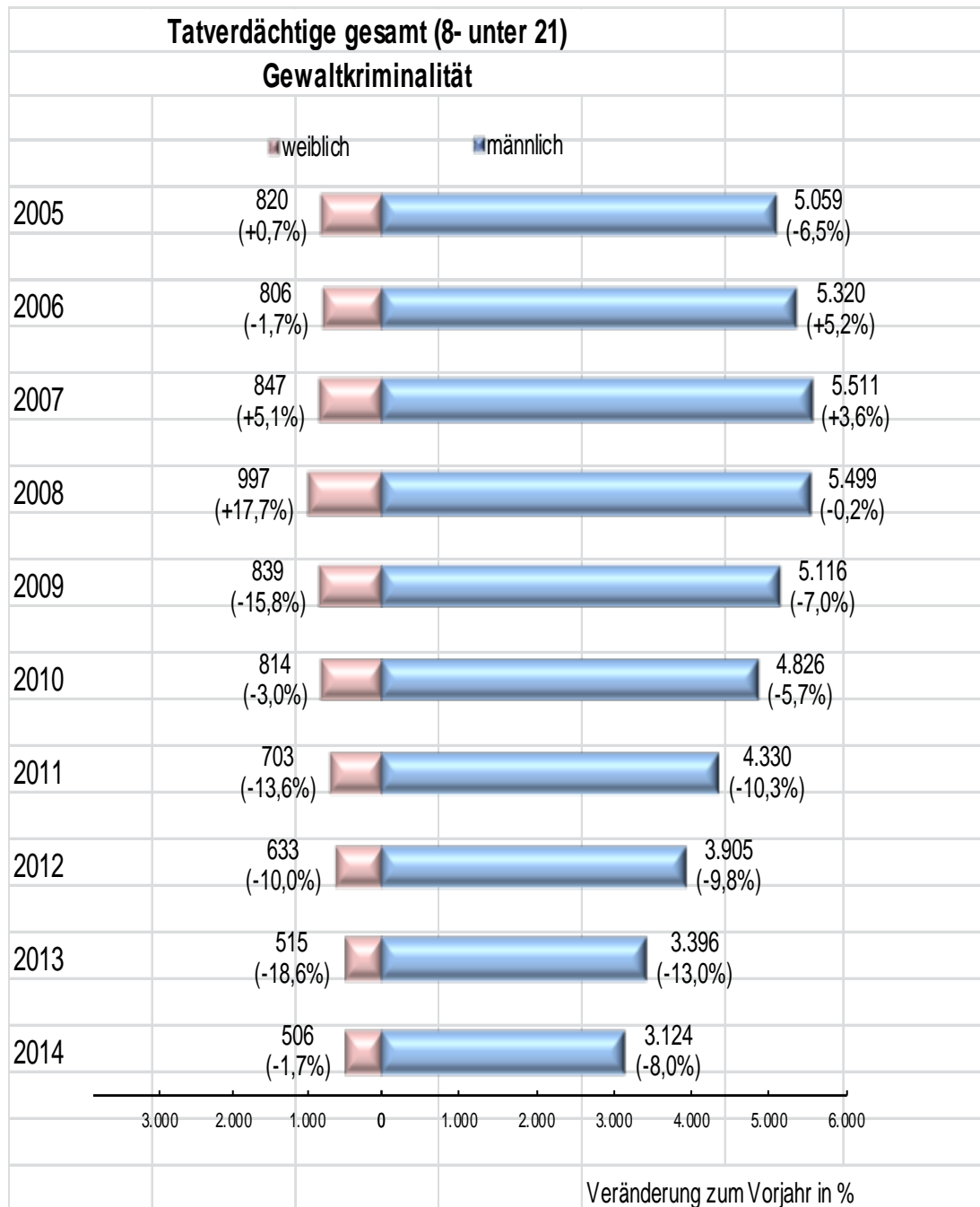


4.2.4 Jugendrelevante Kriminalitätsformen - Aufteilung nach Delikten -

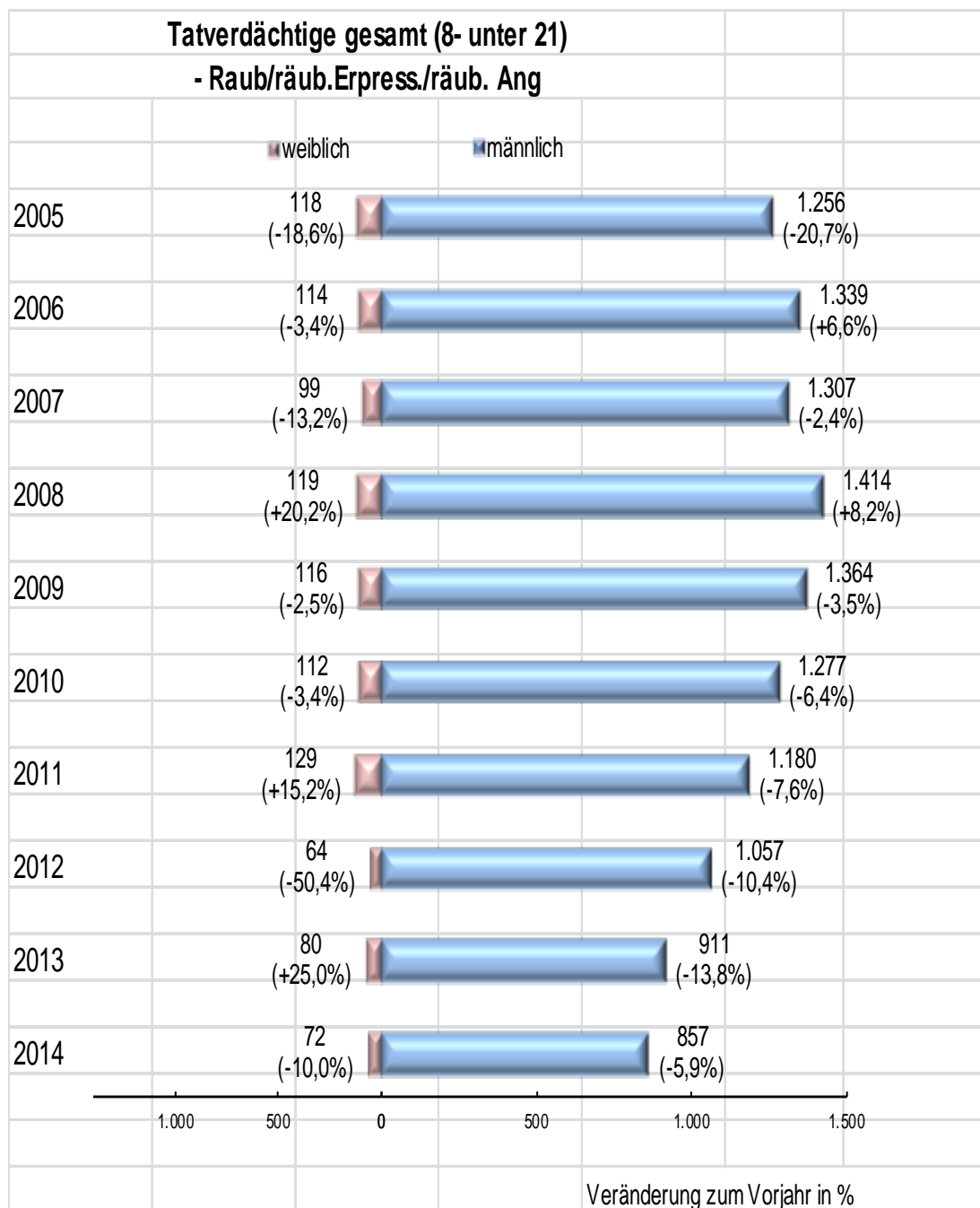
Diebstahlsdelikte



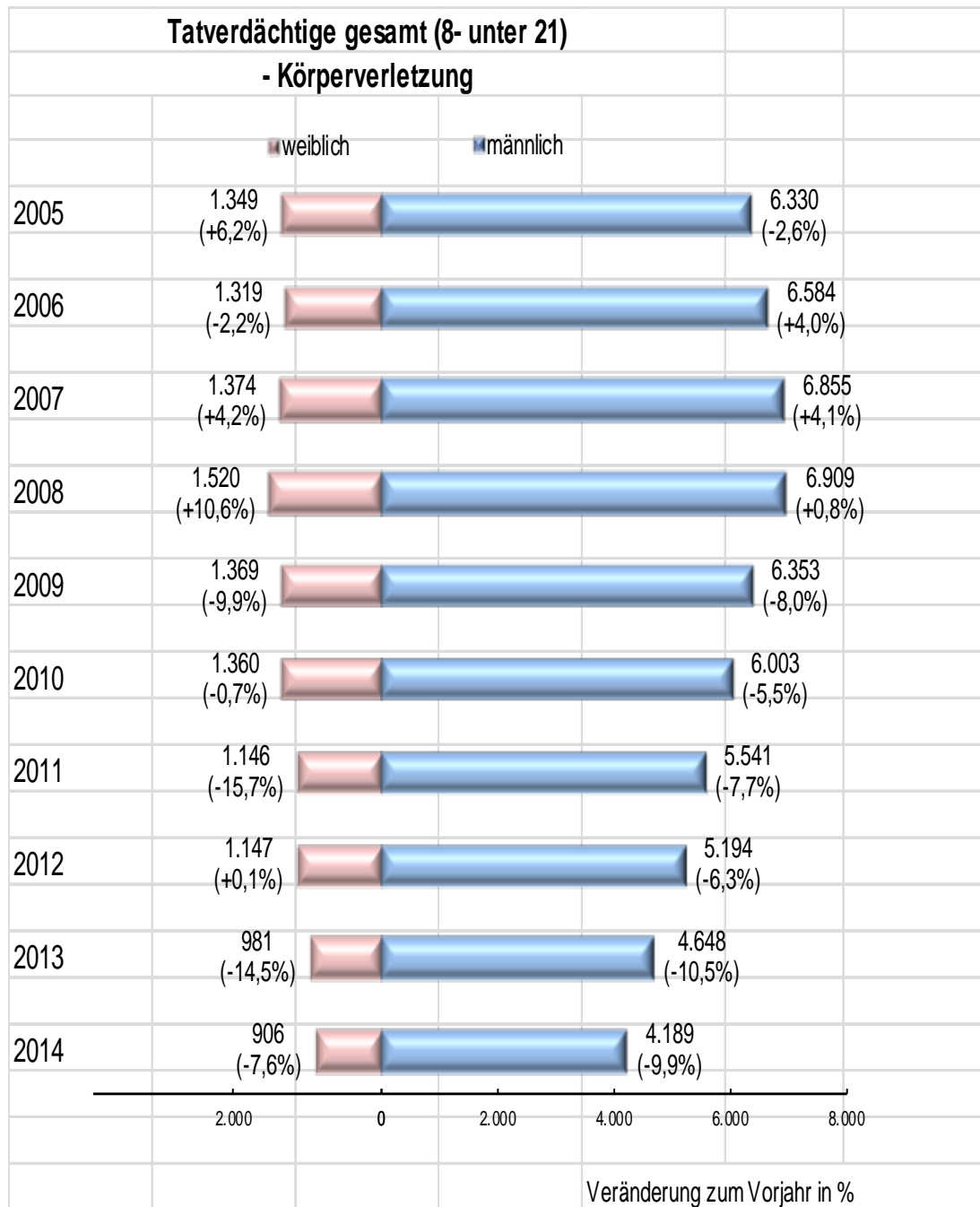
Gewaltkriminalität



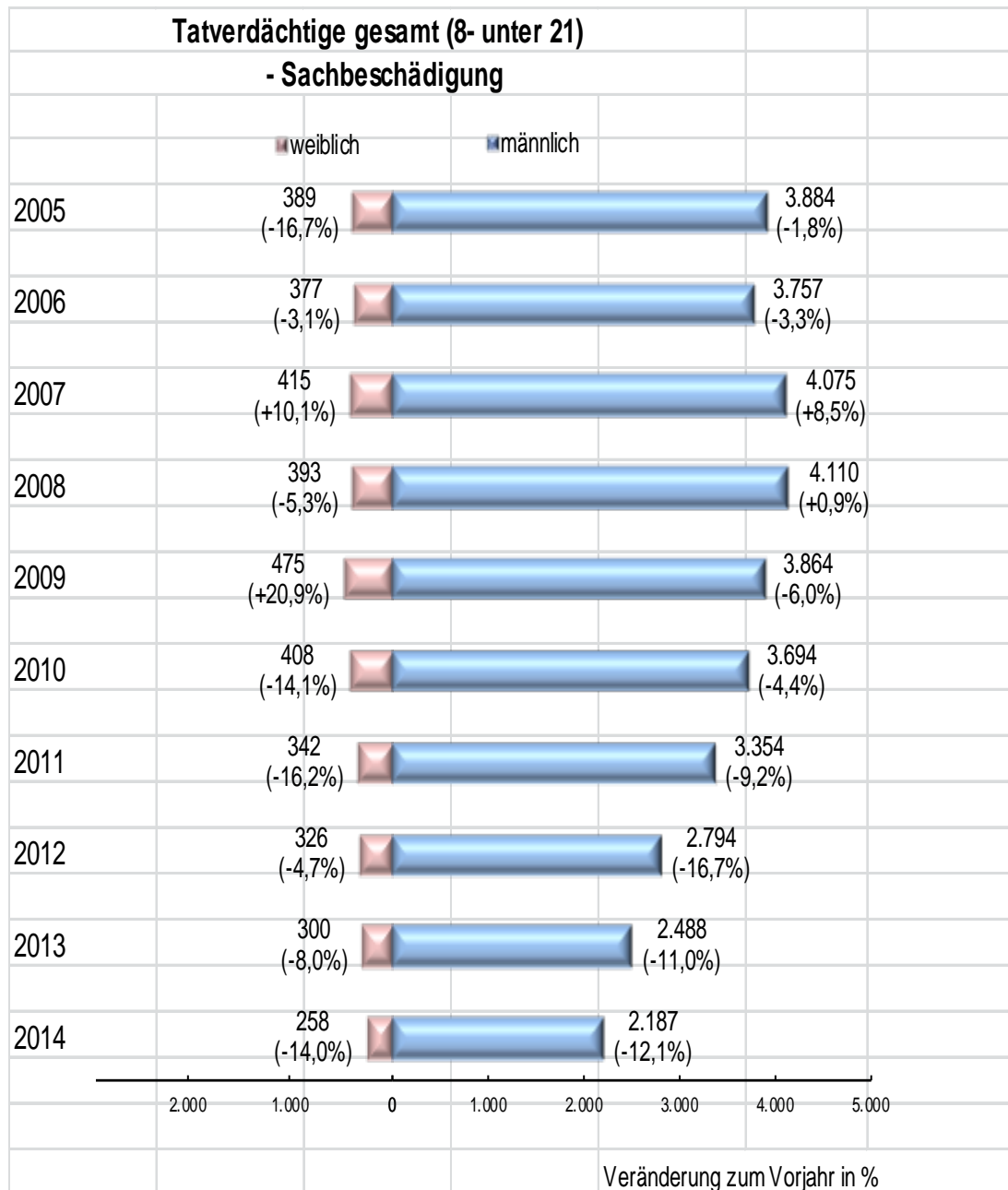
Raubdelikte



Körperverletzungsdelikte



Sachbeschädigungsdelikte



4.3 Tabellen Häusliche Gewalt und Stalking

Polizeiliche Maßnahmen Häusliche Gewalt und Stalking 2010 - 2014

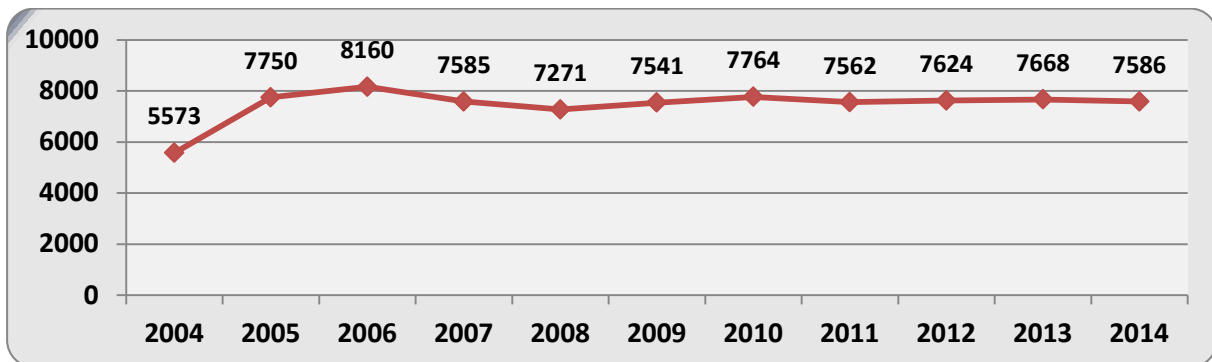
Flächenpräsidien Gesamt		2010	2011	2012	2013	2014
Platzverweis	bis 1 Tag	268	321	263	150	169
Platzverweis	bis 6 Tage	149	200	172	35	21
Platzverweis*	bis 14 Tage	-	-	39	743	575
Platzverweis	o. Zeitangabe	201	265	314	96	119
Wohnungsverweisung (Wegweisung / Betretungsverbot § 31 Abs. 2 HSOG)	bis 14 Tage	2.013	1.943	1.931	1.870	1.734
Wohnungsverweisung (Wegweisung / Betretungsverbot § 31 Abs. 2 HSOG)	über 14 Tage	50	56	130	129	38
Wohnungsverweisung (Wegweisung / Betretungsverbot § 31 Abs. 2 HSOG)	o. Zeitangabe	124	116	107	84	75
Kontaktaufnahmeverbot (§ 11 HSOG)	bis 14 Tage	1.584	1.770	1.817	1.792	1.842
Kontaktaufnahmeverbot (§ 11 HSOG)	über 14 Tage	43	55	117	114	64
Kontaktaufnahmeverbot (§ 11 HSOG)	o. Zeitangabe	139	176	118	110	181
Ingewahrsamnahme	bis 1 Tag	352	309	382	278	195
Ingewahrsamnahme	bis 6 Tage	9	9	2	6	0
Ingewahrsamnahme	o. Zeitangabe	73	48	153	41	36
Frauenhaus		198	146	136	129	117
Sonstige (HFEG, U-Haft)		983	1.180	1.113	1.083	893
Opfer auf HE** hingewiesen	ja	4.443	4.608	4.488	4.556	4.362
Täter auf HE hingewiesen	ja	1.704	1.652	1.644	1.620	1.387
Wechselseitige Anzeigen***		-	-	47	800	759

* Platzverweis wurde erstmals 2012 ausgewertet

** HE = Hilfseinrichtungen

*** Wechselseitige Anzeigen wurden erstmals 2012 polizeilich erfasst

Überblick der Fallzahlen Häusliche Gewalt 2004 bis 2014



Häusliche Gewalt - Statistische Daten (PKS) über Opfer

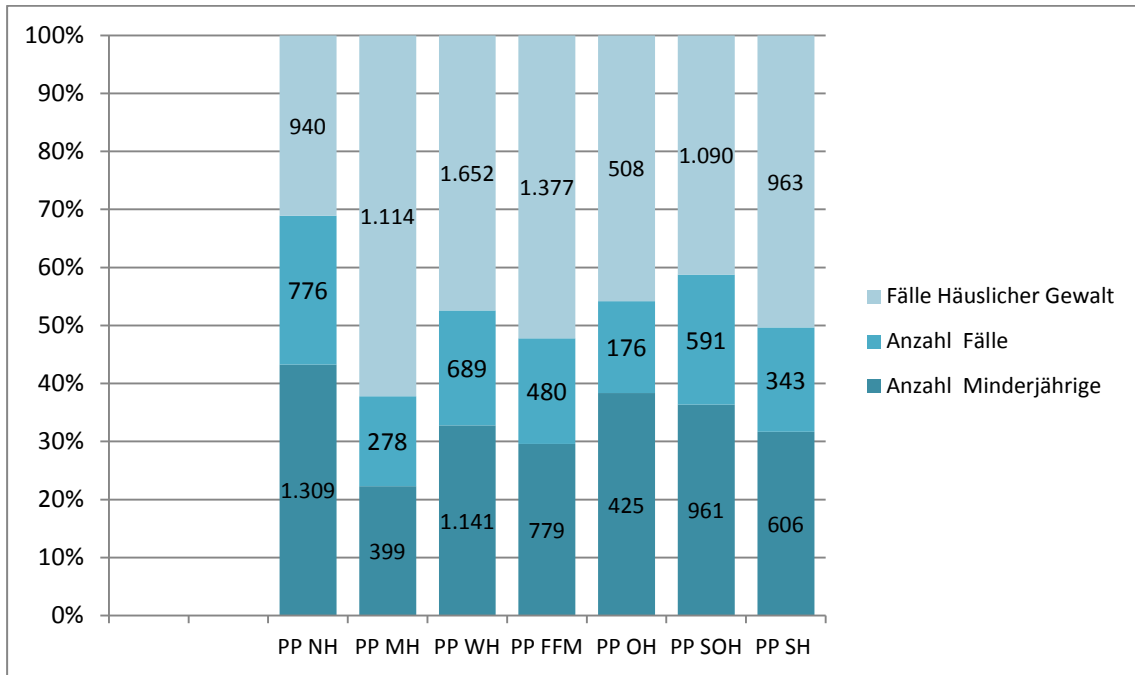
Polizeipräsidien Gesamt		2010	2011	2012	2013	2014
Fälle H. G. gesamt		7.764	7.549	7.602	7.668	7.586
Opfer gesamt		7.624	7.319	7.455	7.285	7.399
	m	1.008 (13,2%)	1.009 (13,8%)	1.064 (14,3%)	1.084 (14,9%)	1.065 (14,4%)
	w	6.616 (86,8%)	6.310 (6,2%)	6.391 (85,7%)	6.201 (85,1%)	6.334 (85,6%)
Erkennbarer Alkoholeinfluss bei Opfern		1.159	1.098	1.085	957	871
Erkennbarer Drogeneinfluss bei Opfern		30	42	45	40	44

Häusliche Gewalt - Statistische Daten (PKS) über TV

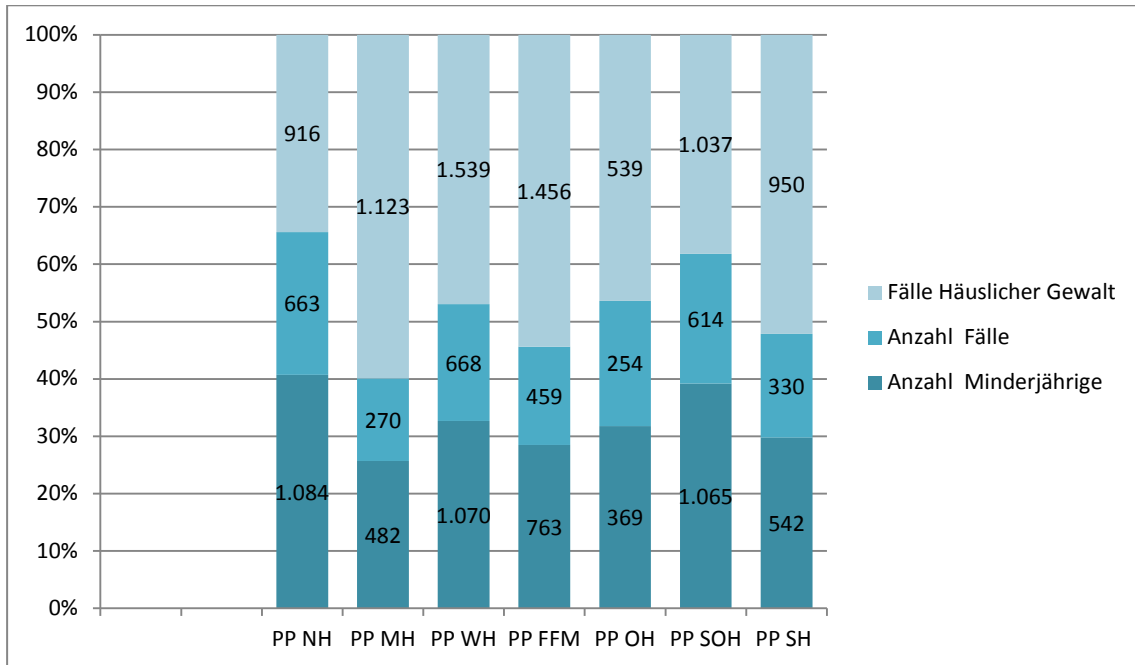
Polizeipräsidien gesamt		2010	2011	2012	2013	2014
Tatverdächtige (TV)						
TV gesamt		6.603	6.354	6.543	6.603	6.558
	m	5.731 (86,8%)	5.507 (86,7%)	5.645 (85,5%)	5.644 (85,5%)	5.683
	w	872 (13,2%)	848 (13,3%)	898 (13,7%)	959 (14,5%)	920
Bereits als TV in Erscheinung getreten		3.940	3.897	4.001	4.003	3.976
Erkennbarer Alkoholeinfluss bei TV	m	907	1.081	1.136	1.144	1.118
	w	412	137	159	147	150
Erkennbarer Drogeneinfluss bei TV gesamt		215	242	234	157	155
Konsumenten harter Drogen bei TV						
	m	125	118	153	186	222
	w	9	5	9	19	13
Deutsche TV						
	m	3.747	3.589	3.650	3.544	3.507
	w	596	580	680	664	596
Deutsche TV gesamt		4.343	4.169	4.330	4.208	4.103
Nichtdeutsche TV	m	1.984	1.918	1.195	2.100	2.131
	w	276	268	218	295	324
Nichtdeutsche TV gesamt		2.260	2.186	2.213	2.395	2.455

Überblick der in den Familien lebenden (und gemeldeten) Minderjährigen in Fällen Häuslicher Gewalt, bei denen die Polizei eingeschritten ist

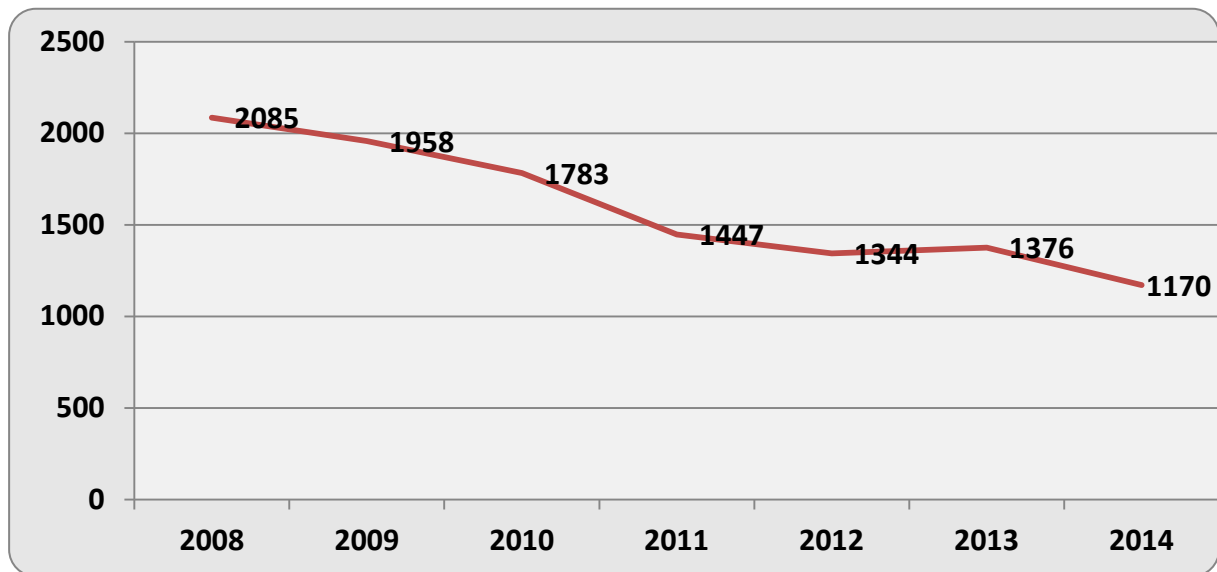
Jahr 2013



Jahr 2014



Überblick der Fallzahlen Stalking 2008 bis 2014



Stalking - Statistische Daten (PKS) über Opfer

Polizeipräsidien gesamt		2010	2011	2012	2013	2014
Fälle gesamt		1.783	1.447	1.344	1.376	1.170
Opfer gesamt		1.824	1.510	1.466	1.453	1.235
	m	325 (17,8%)	271 (17,9%)	234 (16,0%)	253 (17,4%)	233 (18,9%)
	w	1.481(81,2%)	1.239 (82,0%)	1.232 (84,0%)	1.200 (82,6%)	1.002 (81,1%)

Stalking - Statistische Daten (PKS) über TV

Polizeipräsidien gesamt		2010	2011	2012	2013	2014
Tatverdächtige (TV)						
	m	1.225 (82,3%)	1.019 (83,3%)	988 (82,3%)	986 (80,9%)	827 (94,7)
	w	264 (17,7%)	204 (16,7%)	213 (17,7%)	232 (19,0%)	216 (20,7%)
TV gesamt		1.489	1.223	1.201	1.218	1.043
Bereits als TV in Erscheinung getreten		892	778	726	743	612
Alkoholeinfluss bei TV						
	m	19	15	16	22	14
	w	3	0	0	1	0
Konsumenten harter Drogen bei TV						
	m	9	14	12	18	20
	w	1	2	0	0	0
Deutsche TV						
	m	943	689	741	743	614
	w	217	167	179	191	174
Deutsche TV gesamt		1.160	935	920	934	788
Nichtdeutsche TV						
	m	282	251	248	243	213
	w	47	37	38	41	42
Nichtdeutsche TV gesamt		329	288	286	284	255

Stalking - Statistische Daten (PKS) über Tatverdächtige

Polizeipräsidien Gesamt		2009	2010	2011	2012	2013
Tatverdächtige (TV)						
	m	1.324 (80,2%)	1.225 (82,3%)	1.019 (83,3%)	988 (82,3%)	986 (80,9%)
	w	327 (19,8%)	264 (17,7%)	204 (16,7%)	213 (17,7%)	232 (19,0%)
TV Gesamt		1.651	1.489	1.223	1.201	1.218
Bereits als TV in Erscheinung getreten		1.025	892	778	726	743
Alkoholeinfluss bei TV						
	m	22	19	15	16	22
	w	1	3	0	0	1
Konsumenten harter Drogen bei TV						
	m	19	9	14	12	18
	w	3	1	2	0	0